

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalt mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 44.

Dresden, Dienstag den 23. Februar 1909.

20. Jahrg.

Die Bulchmänner.

Über die agrarische Aufführung im Zirkus Busch und uns aus Berlin geschrieben:

Die Reichsfinanzreform wird nach den Wünschen der Agrarier gemacht werden. Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die am Montag nach alter Sitte im Zirkus Busch tagte, hat diese Tatsache nicht erst bekräftigt, sondern bloß unterstrichen. Die Nachlasssteuer ist, wie Bundesdirektor Dr. Bohn unter jubelndem Beifall der versammelten Patrioten mitteilen konnte, gefallen, und als Herr Oldenburg-Journaleson ankündigte, daß sich die Minister bei „auf dem Wege nach Damaskus“ befänden, erhob sich ein lautes Gohngelächter.

Herr v. Bobbieloff, dieser höchst würdige Württemberger Bräutigam — die Versammlung überdies sich vor der Versicherung, als er erklärte — versichert, daß die Nachlasssteuer die Existenz des Bauernstandes vernichtet. Der Referent der Finanzreform aber, Herr a. d. Winkel, gibt zu, daß eine kleine Landwirtin im Falle der Einführung der Nachlasssteuer nichts zu zahlen hätte, wenn dem Herrn Rittergutsherrn a. d. Winkel handelt es sich nicht um das elende Geld — wer kann auch glauben, daß ein Agrarier um Geld handelt? —, sondern um das Prinzip. Dieses heilige Prinzip, das man nach dem Nationalismus, Patriotismus, Heimatgefühl, Bodenbedürfnis oder sonstwie nennen kann, duldet es nicht, daß die, denen Hunderttausende mühselos durch Erbschaft in den Besitz fallen, davon ein paar Mark Steuer bezahlen, um dem Reich wieder auf die Beine zu helfen. Man könnte meinen, diese erbärmliche Drückbergerei werde die Leute bei ein Ausbruch gemeinsamer Wut, nur auf dem Schatz des Gelds gerichteten Gemüts, einer Genugtuung, die Worte von Montarbie, Patriotismus und Nationalismus im Munde führt, aber auf alle schönen Dinge in dem Augenblick pfeift, wo das Geschäft, sie mit dieser Genugtuung freibt, sich etwas weniger einträglich als sonst erweist. Aber die Redner des Zirkus Busch betonen, dieses sei bloß eine Verleumdung der sozialdemokratischen Presse und man müsse dagegen protestieren. Der Protest in den Versammlungen nützt nichts. Sie kennzeichnen sich selbst durch ihre Tat und kriegen das Brandmal nicht wieder los.

Das scheint ihnen freilich einseitigen ganz egal, wenn nur ihren Willen haben. Die Reichsfinanzreform muß bis zu dem Agrarier sein. Der Großgrundbesitzer soll nichts zahlen, sondern er soll noch dabei verdienen. Er muß auf den Wunsch des Referenten Herr a. d. Winkel hören, das vorläufig abgeleitete Branntweinmonopol möge wieder aufleben, und zwar in der Form, die dem Brenner gute Preise sichert. Zu diesem Ende verlangt er, daß der Weizen frei von „parlamentarischem Zölle“ und erfüllt von „souveränem Geist“ sei. Das heißt der Großgrundbesitzer der Agrarier in gewöhnliches Deutsch bestimmt haben, was ihnen das Reich für gelieferter Spiritus zu bezahlen hat und zu welchem Preise das Reich seinen Spiritus weiterverkaufen darf. Die Spannung zwischen dem Ankaufspreis und dem Verkaufspreis, das heißt der tatsächliche Aufschlag des Reichs, soll so gering wie möglich sein, damit das Geschäft des Schnapsbrenners so gut wie möglich geht. Das wird ganz offen ausgesprochen.

Und auch die Frage der Brandsteuererhöhung wird nach den Wünschen der patriotischen Bundesbrüder entschieden werden. Wollen am Ende sogar die Liberalen nicht mehr mit, ist ja das Zentrum auch noch da! So wie die angemessene Resolution zur Reichsfinanzreform das Kompromißamt-Verordnungsamt sanktioniert, so waren auch die ganzen Verhandlungen, soweit sie parteipolitische Fragen betrafen, auf den von den agrarischen Großgrundbesitzern gestimmten, der die konservativen und das Zentrum zu einer neuen Reichstagsmehrheit zusammenschloß. Die Freireigenen und von den National Liberalen die Jungliberalen werden mittelbar zu den Mitläufern der Sozialdemokratie werden, dagegen wendet sich die volle Liebe Niederlich Bohns in das Zentrum zu. Dieses soll helfen einen Damm aufzurichten, um das Vordringen der Demokratie zu hindern. Dem agrarischen Reichskanzler wird kein Schritt auf der Bahn liberaler Verhandlungen gestattet. So wenig ihm erlaubt wird, auf den Herr Spohr so bezeichneten „unerlässlichen Bedingungen“ der Reichsfinanzreform, auf der Befestigung der reichlichen, zu bestehen, so wenig wird ihm gestattet, das in der „republikanischen Thronrede“ gegebene, auf Schaffung einer Wahlreform hinzielende feierliche Versprechen einzulösen. So werden im Zirkus Busch Reichskanzler zuuritten.

Die Throne sollen nicht krachen!

Als besonderes Moment in der Zirkus-Veranstaltung der Agrarier ist die Haltung hervorzuheben, die die Wähler der Reichstagsfrage einnehmen. Einst drohten die Junker, daß die Throne im Deutschen Reich krachen müßten unter dem Anprall der Agrarier. Einst drohten sie mit Uebergang ins rote Lager. Einst waren sie Rebellen und gefährdet das preußische Königtum. Einst waren sie Rebellen und gefährdet das preußische Königtum. Einst waren sie Rebellen und gefährdet das preußische Königtum. Das war einmal! Das war in der Zeit, wo die Regierung

in Preußen und wo die Regierung des Reiches noch nicht genug Hochachtung auf agrarische Produkte zu legen bereit schien oder wo sie sonst irgend etwas unternahm, was nicht dem raubritterlichen Großbesitz zu Nutzen war.

Jetzt ist es ganz anders. Jetzt spielen sich die v. Wangenheim, Köhler, Bohn als des Kaiserthrons allergetreueste Schutztruppe auf. Jetzt bieten sie ihre Hilfe an gegen den Reichstag, wenn er auf Kaiser's Kosten seine Rechte mehren wollte. Jetzt sind sie wieder loyaler als in die Knochen. Denn jetzt wurden alle ihre materiellen Wünsche überreichlich von dem agrarischen Reichskanzler erfüllt und was noch nicht erfüllt wurde, das soll noch erfüllt werden.

Es sei nur die agrarische Organisationskraft des Freiherrn v. Wangenheim verzeichnet:

„In der großen Politik war das vergangene Jahr vielfach besorgniserregend; dunkle Wolken türmten sich oft am politischen Horizont auf. Wir danken es unserem Kaiser und seinem Ratgeber, daß durch die ruhige Führung unserer auswärtigen Politik diese Krisis überwunden worden. (Stürmischer Beifall.) Wir können heute nicht vorübergehen an den Ereignissen, welche sich im letzten November im Deutschen Reichstage abspielten und welche allen patriotisch und rational denkenden Männern das Gefühl des Schmerzes durch die Adren getrieben haben. Klarheit mußte geschaffen werden zwischen dem Kaiser und seinem Volke. Aber wie man diese Klarheit zu schaffen gelacht hat im Deutschen Reichstag, war in Form und Inhalt weit über das zulässige Maß hinausgegangen. (Stürmischer Beifall.) Fast gewinnt es den Anschein, daß man es absichtlich so weit hat kommen lassen, um dann unter diesem Deckmantel herzutreten, um gewisse Ziele, nämlich die Erweiterung der Rechte des Reichstages und die parlamentarische Regierung, zu erreichen. (Sehr richtig!) Es ist nicht das erste Mal, daß dieser Versuch gemacht wird. Wenn aber die Demokratie glaubt, daß der Augenblick gekommen sei, durch Wahlrechtsänderung in Preußen, durch Erweiterung der Rechte des Reichstages die großen bestehenden politischen Verhältnisse in unserem Vaterlande umzugestalten, so wird auch da der gesamte deutsche Mittelstand als Gegner auftreten. (Sehr richtig!) Über der Grenze, denen es wohl in ihrem Stammpost, mag daran denken, daß die Sache einmal umgestürzt werden kann, daß auch ein Moment kommen könnte, wo man eine Verfassungsreform vornimmt, die nicht nach ihren Wünschen ist. (Stürmischer Beifall.) Noch hat der Deutsche Reichstag den Befähigungsnachweis nicht erbracht, daß er berufen wäre, das deutsche Volk zu regieren. Der Deutsche Reichstag möge erst einmal lernen, sich selbst zu regieren. (Stürmischer Beifall.) Das Bild, das vielfach seine Verhandlungen bieten, die unendliche Reihe der Reden haben nur den Zweck, auf die Waffen einzumischen. (Sehr richtig!) Demgegenüber bilden die deutschen Wärlern, in erster Linie das Hohenzollernhaus, auf eine durch Jahrhunderte gefestigte Regierung zurück, und sie haben den Nachweis geliefert, daß sie des hohen Rufes würdig und fähig sind. Vor allem das Hohenzollernhaus hat diesen Nachweis erbracht, und die ganze Welt blickt auf unsere Hohenzollernhäuser. Deshalb wird auch der feste Kitt zwischen dem Fürstentum und dem deutschen Volke niemals seine Wirkung verlieren. (Stürmischer Beifall.) Das deutsche Volk will seinen Schutzherrn, es will einen Kaiser von Fleisch und Blut, mit fester Kraft und Entschlossenheit. (Stürmischer Beifall.) Das ist keine Phrase, es ist unser politisches Glaubensbekenntnis. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, mit mir in den Ruf einzustimmen: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch!“ (Stürmische Hochrufe.)

Blauer Dunst.

Zur Drückbergerei der reichen Erben.

Über den Inhalt des konservativ-ultramontanen Kompromisses macht die Germania einige weitere Mitteilungen. Danach soll „an Stelle der Matrifularbeiträge eine Besitzsteuer“ treten, deren Gesamterlös für die Zeit von 1909 bis 1913 die Summe von 150 Millionen Mark jährlich nicht übersteigen soll, während der Etat jährlich festlegt, welche Quote der Besitzsteuer zu erheben ist. Der von den Bundesstaaten zu zahlende Betrag soll sich nach dem reinen Vermögensstande der Bevölkerung richten, der nach einheitlichen Grundsätzen festzustellen ist, wobei Vermögen unter 20 000 M. bei der Ermittlung wie bei der Erhebung außer Betracht bleiben sollen.

Tiele Darstellungen, die dazu bestimmt ist, für den Sammelheroldischen Vorstoß Sympathien zu werden und offenbar recht einseitig gehalten ist, läßt gleichwohl den Schluss zu, daß von dem, was zur Kritik dieses schwindelhaften Kompromisses gesagt wurde, kein Wort zurückzunehmen ist. Es soll also wirklich eine Besitzsteuer erhoben werden, die die angenehme Eigenschaft hat, nur nach oben, nicht aber nach unten begrenzt zu sein. Reichern die Erträge, die auf dem Wege der indirekten Reichssteuer aus dem Massenverbrauch ausgepreßt werden, zur Befriedigung des Reichsbedarfs aus, so wird doch eine „Quote“ von 0.0 erhoben; die Reichsbräuden gar nicht zu zahlen. Gerät aber das Reich in Schwierigkeiten, dann werden unter dem neuen Namen der „Beisitzer“ Matrifularbeiträge erhoben — aber höchstens 150 Millionen. Nun sollten für 1908 die Matrifularbeiträge nach der bestehenden

Ordnung der Dinge bereits 120 Millionen betragen. Es ist also nicht einzusehen, was durch das Kompromiß tatsächlich erreicht wird, es handelt sich eben bloß um eine agrarische Schaumblase.

Die Germania bestätigt, daß die Freisinnigen in der Subkommission bereits umgefallen waren. Sie sind einstweilen wieder aufgefunden, aber auf wie lange?

Der Entwurf des neuen Organisationsstatuts.

wurde vor einigen Tagen in der Parteipresse veröffentlicht. Es wird natürlich Sache der Organisationen sein, zu den einzelnen nicht unerheblichen Änderungen Stellung zu nehmen und der Parteitag in Leipzig wird sein Endurteil darüber zu fällen haben. Durch die frühzeitige Fertigstellung des Entwurfs ist hinreichend Zeit vorhanden, ihn in aller nur wünschenswerten Gründlichkeit zu besprechen.

Auf dem Parteitag in Nürnberg wurde bekanntlich eine aus allen Teilen Deutschlands zusammengesetzte Kommission gewählt, die dann in mehreren Sitzungen den Entwurf fertiggestellt hat, der nun dem Urteil der Gesamtpartei untersteht.

Nur eine Partei wie die Sozialdemokratie kann ihrer Organisation eine so feste und zentralisierte Form geben. Keine andere Partei verfügt über so hochdisziplinierte Mitglieder, steht so auf dem Boden der Parteigrundzüge.

Was in dem § 4 und § 5 des Entwurfs über die Organisation der weiblichen Mitglieder und Beiträge bestimmt wird, ist wohl im Verbreitungsgebiet unserer Zeitung überall schon durchgeführt, und was die Beiträge anbelangt, zum Teil schon überboten.

Im § 6 wird die Art der Berichterstattung der einzelnen Kreisvorsitzenden an den Parteivorstand geregelt. Eine bessere Berichterstattung über die Parteibewegung in den einzelnen Kreisen ist zweifellos eine dringende Notwendigkeit.

Eine durchgreifende Änderung trifft der § 7: Teilnahme am Parteitag betreffend. Bis jetzt konnte jeder Wahlkreis, ob er 20 oder 20 000 Mitglieder hatte, drei Delegierte zum Arbeiterparlament entsenden, ein Zustand, der wohl in früherer Zeit unter den unsicheren Verhältnissen des Ausnahmestadiums usw. am Platze war, jetzt jedoch aber mehr und mehr als ein ziemlich unheimlicher Zustand empfunden wurde. Hatte doch die mandatarisch betriebene Mandatarerlangung in den finanziell und an Mitgliedern schwachen Kreisen durch Mitglieder finanziell gutfundierter Kreise (sogenannte Gelegenheitsmandate usw.) den lebhaftesten Unwillen in weiten Parteikreisen hervorgerufen. Jetzt tritt eine angemessene Abmilderung ein. Wenn auch die Höchstzahl von sechs Delegierten für Kreise über 18 000 Mitglieder nicht als übertrieben angesehen werden kann, so ist vielleicht doch zu empfehlen, um ein allzugroßes Anwachsen des Parteitag, vorunter zweifellos die Verhandlungsmöglichkeiten leiden, zu verhindern, eine geringere Zahl als Höchstzahl anzunehmen. Mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit in der Vertretung sind wir aber durchaus einverstanden. Die Gewerkschaften haben ja schon längst diese Art der Delegation. Und sowie die Partei zu einer festen, zusammengeschlossenen Organisation wurde, war sie die notwendige Folge.

Der Vorschlag, daß unter den Delegierten möglichst eine Genossin sein soll, ist sehr unbestimmt gehalten und dürfte wohl eine präzisere Fassung am Platze sein, wenn man ihn nicht gänzlich fallen lassen will. Schon unter dem bisherigen Zustand war immer eine ganz stattliche Frauendelegation auf dem Parteitag zu finden. Und es ist wohl anzunehmen, daß die Genossinnen in den meisten Fällen, in denen 3 oder mehr Delegierte zu wählen sind, eine Frau mitbringen, wenn eine nennenswerte Mitgliederzahl von Genossinnen vorhanden ist.

An der Zulassung der Reichstagsabgeordneten als vollberechtigte Teilnehmer am Parteitag ist nichts geändert worden, obgleich schon seit jeder einzelne Stimmen laut wurden, die einer Änderung dahin, daß sie dieses Recht verlieren oder wenigstens nur eine Vertretung zugelassen werden soll, das Wort redeten. Wir stehen nicht auf diesem Standpunkt, meinen vielmehr, daß die Reichstagsabgeordneten doch in hohem Maße die Vertrauensleute der Partei sind. Es dürfte wohl auch nicht stimmen, wie ein Parteiblatt schrieb, daß der Zufall einen Genossen zum Reichstagsabgeordneten mache. Ein Genosse muß doch in der Regel — Ausnahmen bestätigen sie nur — eine intensive und langjährige Parteithätigkeit hinter sich haben, ehe er zu diesem Ehrenposten berufen wird. Ein vollständiger Ausschluss vom Parteitag müßte naturnotwendigerweise die Konsequenz nach sich ziehen, daß auch von den einzelnen Landesparteitagen usw. auf denen jetzt nicht nur die Reichstagsabgeordneten des in Frage kommenden Bezirks, sondern auch die eventuellen Reichstagsabgeordneten zugelassen sind, ausgeschlossen werden müßten. Die Folge würde in den meisten Fällen ihre Delegation durch den von ihnen im Reichstag vertretenen Kreis sein und diese Mandate würden dann den übrigen Genossen entzogen. Eine Vertretung der Fraktion hätte aber ziemlich Schwierigkeiten, da doch nun einmal verschiedene Ansichten über gewisse Fragen vorhanden sind. Am besten bleibt es also bei dem bisherigen Modus.

Daß die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiministern nur beratende

Vertical text on the left margin, likely a printer's mark or address, partially illegible.

Krieg in Sicht.

Wien, am 21. Februar.

Stimme haben sollen, ist zwar eine neue, aber durchaus zu billigende Bestimmung.
Eine starke Bewegung der Demokratie ist auch die Bestimmung in § 11, daß auf einstimmig gestellten Antrag der Monarchalkommission und auf Antrag von mindestens 15 Vorständen der Bezirks- bzw. Landesorganisationen ein außerordentliches Parteitag einberufen werden muß, eventuell, wenn der Parteivorstand sich weigert, auch von den Anträglichen.

Der wachsenden Bedeutung der proletarischen Massenorganisation kommt sowohl der schon erwähnte § 1, der bestimmt, daß in Organisationen, denen weibliche Mitglieder angeschlossen sind, eine Vertretung im Vorstand eingeräumt werden muß, als auch der § 14 entgegen, der bestimmt, daß eine vom Parteitag zu wählende Genossin Mitglied des Parteivorstandes sein muß.

Genauso zu begrüßen ist die Bestimmung in § 10, Absatz 3, der bestimmt, daß der Parteivorstand bei wichtigen, die Gesamtheit berührenden Fragen Vertreter der Landes- bzw. der Bezirksorganisationen zu hören hat. Eine Vertretung, die unmissverständlich geeignet ist, den Parteivorstand genau über die Stimmung in den Parteifreien zu informieren und einen innigen Kontakt zwischen den einzelnen Parteistellen herzustellen.

Die §§ 23 bis inklusive 28 beschäftigen sich mit dem Ausschluß bzw. der Wiederaufnahme. Die Ausschließung ist durch die Bestimmung erweitert, daß der Partei nicht gehören kann, wer wiederholt in betrüblicher Weise die Parteiinteressen schädigt. Ein etwas ungeschicklicher, faulstülpiger Satz, der hier und da leicht zu unbedeutenden Folgen führen könnte. Unserer Meinung nach wäre es richtiger und bestimmter, zu sagen: Wer sich beharrlich den Beschlüssen des Parteitag und der Parteiorganisationen widersetzt.

Nach ist insofern eine wesentliche Veränderung im Ausschlußverfahren vorgezogen, daß nicht gleich mit dem Schiedsgericht und Ausschlußverfahren vorgegangen werden muß, sondern daß es eine erste und zweite Instanz gibt. Nur auf Antrag der Parteioorganisation kann der Antrag auf Ausschluß gestellt werden. Dadurch ist der Möglichkeit ein Riegel vorgeschoben, daß ein Einzelner, vielleicht nur, um einem anderen Genossen Ungelegenheiten zu bereiten, Antrag auf Ausschluß stellen kann und ein großer Apparat aufgerufen werden muß.

Wir können also wohl sagen, daß im großen und ganzen die Kommission das Richtige und Mögliche getroffen hat. Die gesagt, die Organisationen haben die Pflicht, sich eingehend mit dem Entwurf zu beschäftigen. Ihre ureigenste Angelegenheit ist es.

Eine Anzahl Parteiführer, so u. a. das Zwickauer Volksblatt, das Halleische Volksblatt und die Leipziger Volkszeitung, tritt lebhaft dafür ein, daß das Vorrecht der Reichstagsabgeordneten, an dem Parteitag teilzunehmen, aufgehoben wird.

Das Zwickauer Volksblatt schreibt:
Nicht befeunden können wir uns dagegen damit, daß nach wie vor sämtliche Mitglieder der Reichstagsfraktion allein schon auf Grund dieser Organisationsbestimmung an dem Parteitag teilnehmen. Eine Delegation aus der Mitte der Fraktion würde denselben Respekt erwirken, ganz abgesehen davon, daß es doch jedem Reichstagsabgeordneten unbenommen ist, falls er etwa Anrecht auf seine Person zu gewärtigen hat, sich in irgendeinem Bereiche um ein Parteimandat zu bewerben. Der Zustand, wie er jetzt besteht, legt der Partei große Opfer auf, die eine weit bessere Verwendung zu anderen Zwecken finden könnten. Man muß doch auch in Betrachtung ziehen, daß wir alle der Hoffnung leben, daß die Fraktion bei den nächsten Wahlen zum mindesten wieder dieselbe Stärke erreichen wird, die sie von 1903 bis 1906 hatte. Wir glauben es deshalb, daß die Reichstagskommission den Passus, der sich bereits seit 1900 im Organisationsstatut befindet, unverändert überlassen und keine andere Regelung der fraktionellen Frage gefunden hat.

Die Leipziger Volkszeitung meint:
Es ist richtig, daß die Regierung (der Proporzalvertretung) annimmt, so bedauerlich ist, daß die zweite Bestimmung über die Zusammenfassung der Reichstagsabgeordneten ist: wonach die gesamte Reichstagsfraktion nach wie vor zur Teilnahme an dem Parteitag ohne weiteres berechtigt ist. Diese Bestimmung ist ein alter Rest aus einer Zeit, wo sie noch Sinn und Verstand hatte, aus der Zeit des Kaiserreiches und vorher, wo die Bedeutung der Fraktion bei der losen Form und der relativen Schwäche der Organisationen natürlich viel größer für die Partei war, als jetzt. Heute liegt auch nicht der mindeste Anlaß mehr vor, der Reichstagsfraktion eine Privilegierung zu braten. Bei ihrer numerischen Stärke, die bei den kommenden Wahlen hoffentlich noch ganz gewaltig steigen wird, wäre ihr durch eine volle Vertretung auf dem Parteitag ein nicht zu rechtfertigender Einfluß eingeräumt. Wir halten überhaupt dafür, daß die parlamentarische Vertretung der Partei nicht um ihrer Organisationsform willen, die sie durch das Statut anerkannter Sonderrechte genießt, ein besonderes Privilegium genießen sollte. An anderer Stelle des Entwurfs ist ein besonderes Vorrecht der Fraktion glücklich beibehalten worden. Früher mußte bekanntlich ein außerordentlicher Parteitag zusammenberufen werden, wenn die Mehrheit der Reichstagsfraktion es verlangte. Dieses Vorrecht will der Entwurf beibehalten. Warum aber auf halbem Wege stehen bleiben? Man verfolge auch das letzte Vorrecht der Fraktion und erkenne damit auch jenseitig an, was wir tatsächlich alle Tage anerkennen, daß der zufällige Besitz eines Reichstagsmandats seinem glücklichen Inhaber noch keine vermehrten Rechte in einer demokratischen Bewegung einräumt.

Das Halleische Volksblatt tritt lebhaft dafür ein, die Reichstagsabgeordneten über wichtige Parteifragen einzulassen. Es schreibt:

Wir empfinden es als einen Mangel, daß sich die Kommission nicht mit der Frage der Ausschließung beschäftigt zu haben scheint; in dem Vorhinein ist jedenfalls davon nichts zu spüren. Und doch wissen wir den Ausfluß der Organisation nach dieser Richtung für unbedingt notwendig. Die Möglichkeit einer Ausschließung der Reichstagsabgeordneten über wichtige Parteifragen muß endlich vorgezogen werden. Die Ausschließung ist in jeder Beziehung ein belächelndes Mittel für die Partei. Eine Anzahl Kreise hat bereits in ihrem wachsenden Parteitag, Delegiertenwahlen, Aufstellung der Reichstagsabgeordneten usw. eingeschaltet. Damit sind wohl überall gute Erfahrungen gemacht worden.

Größe hat der jährlich stattfindende Parteitag allein in allen Kreisen zu erwecken, die die Partei auf tiefe erregen und beleben können. Hier muß die Partei die Möglichkeit haben, die Reichstagsabgeordneten vorläufige Parteifreien zu bringen und sie in einer Abstimmung auf ihre Wichtigkeit zu prüfen, zumal der gerade beim letzten Parteitag erlebt haben, daß seine reichstagsmäßige Zusammenkunft ziemlich bewußt wurde. Die Partei muß in großen Kreisen völlige Klarheit über die Anforderungen an Reichstagsabgeordnete haben, die durch eine Ausschließung zu erreichen ist. Nichts gefährlicher für uns, als wenn wir uns irgend wie über uns selbst und unsere eigenen Reihen täuschen!

Werden wir Krieg mit Serbien bekommen? Diese Frage liegt heute drückend auf allen Gemütern. Man möchte lägen, wenn man behaupten wollte, es gäbe, sei es in Österreich, sei es in Ungarn, eine Partei, die den Krieg wünscht oder die auch nur die Herausforderungen Serbiens im weitesten Empfinden aufgenommen hat. Von so kleinen Zentren läßt man sich nicht beleidigen. Aufgeregt tut und von der Notwendigkeit, Ruhe zu schaffen, redet bloß eine Presse, die aus diesen oder jenen Gründen dem Auswärtigen Amt ihre Hilfe leihet und Patriotismus posiert. Wenn nun wenigstens aus diesen Andeutungen und pathetischen Drohungen noch ein deutliches Programm hervorträte. Aber es scheint, daß man selbst nur mit halbem Mut und mit recht gemischten Gefühlen an die Sache herantritt. Neben dem Witz und dem Wahn der Aktion schwebt ein Dunkel. Nur der Inhalt der Forderungen, die an Serbien gestellt werden sollen, wird genauer präzisiert. Man wird an die serbische Regierung die Frage richten, weshalb sie rüste, was sie mit der hiesigen Einübung der Reservejahrgänge, mit der ständigen Arbeit in den Arsenalen von Kragevetsch, mit dem Aufhalten von Kriegslagern zur Winterzeit beabsichtigt. Man wird auf strengen und unabweidenden Aufklärungen bestehen und an Worten sich nicht genug sein lassen, sondern das Vergehen aussprechen, daß das Heer durchwegs auf den Friedensfuß gestellt werde und jede Kriegspionage in der Presse und auf der Straße aufhöre.

Es fällt uns gar nicht ein, die serbische Politik zu entschuldigen. Im Gegenteil, eine unbedeutendere Nachbarschaft kann man sich gar nicht denken, und wenn ein größerer Staat eine Haltung einnimmt, wie Serbien sie seit Monaten beobachtet, wäre an seiner Absicht, den Frieden rucklos zu stören, gar nicht zu zweifeln. Die Torheit, ja das Verbrechen des Wiener Kabinetts besteht darin, daß es Serbien mit einem europäischen Kulturstaat auf dieselbe Linie bringen will und überdies den Ernst der Belgrader Parteikämpfe übersehen hat. Wenn der Patriotismus der Welt nicht so sehr, Pastsich und Genossen wirklich so gläubig wäre, wenn infolgedessen eine Offensive auf Tod und Leben von Serbien wirklich zu befürchten stünde, wie wäre dann der gräßliche Parteihader möglich, der seit Wochen Serbien mit Schlämmen bedeckt. Vor vierzehn Tagen wurde der Kriegsminister Pivovitch gestürzt, den die allgemeine Stimme als unbedeutendsten Sachmann bezeichnet hatte, weil er unter den diesseitigen Vorgesetzten und Offizieren anjuräumen begann und kein Neulingsgeschäft einige der angesehensten Abgeordneten bedrohte. Die Spitze zielte auf Pastsich, den Führer der Ultraliberalen und Hauptkorruptivisten Serbiens. Dieser, nicht faul, hat aber den Spieß umgedreht und den angesehensten Mann der Jungtribunen, den Handelsminister Glavinitch, der Unterhändler bei Verapachtung der Staatswälder angeklagt. Gerade als in Wien die Drohung mit dem Ultimatum laut wurde, tobte die Stupidität von den wüstenstehenden Versammlungen, und der Kampf endete mit einem Misstrauensvotum für Glavinitch und mit der Demission des Gesamtministeriums. Ist die Kriegsbegeisterung wirklich so entflammend und lobend, die den „unbedeutendsten“ Kriegsminister fortreibt, weil er Enthüllungen zu machen droht, und in den Tagen der Kriegsgeschichte ein Schauspiel stützlicher Nahe gibt? Die Situation in Serbien ist einfach verzweifelt, ein Koalitionsmisstrauen unmöglich, weil die Korruptivisten den Haß der Parteien auf ihre Spitze beschützt haben, und das einzig mögliche Haupt einer solchen Koalition, Pastsich, am meisten bemerkt ist. Neuwahlen jedoch kann man weder in den Tagen der äußeren Gefahr vorsehen, noch wäre man vergewissert, daß sie den erwünschten Erfolg bringen.

Wer soll nun den Wiener Offiziellen glauben, daß Leute von dem Kaliber der Pastsich und Genossen den Mut der Verzweiflung und den Fanatismus der nationalen Begeisterung haben, einen Krieg gegen die zehnfache Übermacht zu unternehmen? Aber, sagen die Offiziellen, die Korruptivisten brauchen den Krieg, um den Born des Volkes von sich abzulenken. Und deshalb wollen sie einer gewissen Niederlage und einem gewissen Untergang entgegengehen? Seltsame Klänge! Es sind freilich Unsummen für Kriegsbekämpfung vergeudet worden und es wäre sehr schmerzhaft, sollte alles umsonst ausgegeben sein. Allein andererseits gesehen die Wiener Offiziellen selbst zu, daß in Serbien vor vier Monaten dem Heere so ziemlich alles mangelte: Geschäfte und sogar Munition und Gewehr für das stehende Heer; Pferde, weshalb die Kavallerie nur in schwachen Ständen bei Manövern ausüben konnte, vom Train und der Sanität nicht zu reden. All dies wurde während der Pivovitch'schen im Lande erdört und hat nicht weniger als die Preisgebung durch Rußland und die Westmächte den Kriegsmut beträchtlich abgekühlt. Hier zeigt sich sogar für die Kriegspionagen von gestern eine Rücksichtnahme. Schon liest man in serbischen Blättern, die Kriegskredite seien nötig gewesen, weil Serbien vor vier Monaten überhaupt kein Heer hatte. Man habe sich endlich in den Verteilungszustand verlegt und was dergleichen Redensarten der Selbsttäuschung sind. Lasse man sie nur machen, man kann sogar sicher sein, daß nach einigen Jahren die alles zerstörende Korruption die Dinge wieder auf den alten Stand der Beherrschung zurückbringt; vor allem aber braucht man nicht zu zweifeln, daß der Mangel an Geld von selbst zum Aufgeben der außerordentlichen Leihungslager, Aufgebote und so fort nötigen wird. Doch es gibt auch hier eine Grenze. Brüste, demütigende Forderungen können die Situation herbeiführen, in der die Leiter des serbischen Staates, vor allem der König, in dem Gedanken, daß bei einer Unterwerfung unter Österreich durch die darauffolgende Revolution, ebenso wie durch einen Krieg, alles verloren wäre, den ehrenvollen Ausweg des Kriege wählen.

Treibt Österreich-Ungarn die Dinge zum Krieg, was gewinnt es dabei? Es hat für etwaige europäische Konflikte den gefährlichsten kleinen Nachbar unschädlich gemacht und die Macht seines mächtigsten Feindes, Rußlands, auf dem Balkan erneuert und verstärkt! Wirklich? Kaum alles glatt ab und reifen bei Serben vor den österreichischen Truppen aus wie einst vor dem Heere Battenbergs: was für ein Ruhm für den Großstaat, so viel zuwege gebracht zu haben wie Bulgarien. Dabei kommt noch Montenegro in Frage. Die „Geldern der Schwarzen Berge“ ergreifen jedoch sicherlich nicht das Höhenpanzer und sind, geküßt durch ihr ungeschickliches Gebirge, kaum von einer dreifachen Macht zu bezwingen. Einzige Schlappe können in solchem Territorium garnicht vermieden werden. Dieviel Ehre wir einheimen würden, wenn wir mit ungeheurer Übermacht nach langem und schwankendem Kampfe die fahlen Jellen endlich erobern? Doch ist dieser für Österreich-Ungarn beste Fall auch nur der wahrscheinlichste? Wie, wenn sich in Serbien ein Guerillakrieg wechsell, ermüdend, verlustreich monatlang hinzieht, Hunderte von Millionen Kronen, Tausende von Menschenopfern kostet und vielleicht ein Drittel der gesamten Armee beschlachtet? Zum Schaden gestellt sich der Spott und wohl noch ein Drittel. Man soll in Wien bloß nicht zu sehr auf die „Zustimmung der Mächte“ pochen. Wie sind der Volkshetze und Großmuthigkeit Reizmittel bezüglich mude, nicht zuletzt Deutschland,

daß in Gefahr gerät, fremde Rechnungen mit dergleichen zu vergleichen ist aber die Haltung Rußlands unberechenbar. Es streben auf dem Balkan in gewaltiger Stärke zu stehen und die Slawen um sich zu scharen, bricht in der letzten Zeit immer durch, wie sehr der elende Zustand des Reichs und des Herres zum Frieden mahnen mag. Die liberalen Kreise und in der bulgarischen Frage, wobei Rußland die Türkei verleiht und der Richtung der englischen Politik entgegengehenden, gibt dafür einen auffälligen Beweis. So sind die Grenzen des Konflikts gar nicht abzumessen, in die uns die Grenzen der sich ändernden Politik hineinzuzerren droht.

Das neue Kabinett in Serbien.

Belgrad, 22. Februar. (Telegramm.) Das neue Kabinett wird unter dem Präsidium des Fortschrittlers Komatowitch gebildet werden. Der Ultraliberal Milovanowitch soll das Portefeuille des Inneren übernehmen.

Eine serbische Erklärung gegen Österreich.

Belgrad, 22. Februar. (Telegramm.) In einem von dem Regierungsvorstand „Sancuvrava“ veröffentlichten Communiqué heißt es: Serbien verhalte sich in jeder Beziehung mit voller Korrektheit gegen Österreich-Ungarn. Es verleiht keine Rechte, indem es an das angebende Urteil der Signatarmächte des Berliner Vertrags appelliert. Die serbische Armee sei weder gegen Österreich-Ungarn konzentriert, sei irgendwo Teil davon mobilisiert. Das Blatt verweist dann auf die militärischen Vorbereitungen Österreich-Ungarns und sagt: Wenn in Belgrad und Buda-Pest die österreichisch-ungarischen Truppen in Vorbereitung einer diplomatischen Aktion Österreich-Ungarns sind, erklären wir unumwunden, daß diese Aktion ein Verstoß gegen die Wirklichkeit der zweiten Gruppe in dem erwerbungsähnlichen Balkanprogramm Österreich-Ungarns ist, worin Serbien gleich nach Serbien und der Herzogin als Raubobjekt fungiert. Serbien wird sich einem solchen Versuch mit allen Kräften entgegenstellen.

Die Stimmung in Wien und die Haltung Rußlands.

Wien, 22. Februar. (Telegramm.) Der Wiener Wochenspiegel wird auf Kritik des Auswärtigen Amtes mißtraulich. Sicher ist, daß die meisten Kreise Serbiens eine Provokation der Wiener Monarchie gezwungen sein könnte, zu den letzten Wahlen zu greifen zu. Diese Gefahr wird erst in dem Augenblick zu verschwinden, in welchem man in Serbien mit dem in den letzten Monaten gebildeten System bricht und vor allem durch die Einführung eines elastischen Beweises seiner Friedenspolitik ist. In den letzten 48 Stunden ist andauernd eine alte Verleumdung der internationalen politischen Situation durch die Haltung Rußlands herbeigeführt worden. Wenn man nämlich glauben will, daß Rußland in der Anerkennung des Kriegszustandes von Bulgarien mit den Westmächten getrennt, und man glaubt Rußland zu der Annahme zu haben, daß man auch in Serbien hinsichtlich Politik, die den Frieden kaum fördern könnte, weiterführen kann.

Wien, 22. Februar. Gestern und heute vormittag sind etwa 200 000 Mann österreichischer Truppen an die serbische Grenze abgegangen. Es befinden sich nun an der serbischen Grenze 200 000 Mann. Da dieser Bestand auf 400 000 Mann erhöht werden soll, wird es möglicherweise bereits im Laufe dieser Woche zu Überberufungen der Reserve kommen.

Wien, 22. Februar. Das Fremdenblatt begründet die Redaktionen über den Plan einiger Großmächte, zur friedlichen Lösung der österreichisch-ungarisch-serbischen Krise auch in Wien vermittelnde Schritte zu unternehmen, als nicht recht verständlich und gleichmäßig. Denn die Voraussetzung wäre, daß Österreich-Ungarn in seiner Politik gegenüber Serbien einen Wandel habe einleiten lassen, was aber durchaus nicht der Fall ist. Das Blatt weist dem darauf hin, daß Serbien nach wie vor die Annahme beharrt in irgendeiner Weise rückgängig machen wollte und seit Wochen mit Krieg gegen Österreich drohe und daß große Mengen Kriegsmaterial bei vielen Wochen nach Serbien geschickt würden. Das ist ein wichtiger Umstand, daß man den Meldungen von einer auch beim Wiener Kabinett beabsichtigten Intervention keinen Glauben beimessen kann.

Deutsches Reich.

Der Vieheschaden-Skandal.

Zu Ehren der Zirkus-Busch-Versammlung unterrichten Kreuzzeitung und Deutsche Tageszeitung den Versuch, das vermeintlich gefährliche System der Vieheschaden-Ausfuhrprämien zu revidieren. Im Erntejahre 1908 hat die durch Prämien gereizte Ausfuhr deutschen Getreides einen so gewaltigen Umfang angenommen, daß bei der guten Zinslage in einzelnen Getreidearten sich eine entsprechende Einfuhr ergab. Die Folge dieses Zustandes ist, daß den Getreideexportanten da die bei der Ausfuhr gewährten Einfuhrprämien nicht nur zur vollfreien Einfuhr jeder Art von Getreide, sondern auch für die Zahlung des Bolles auf Kaffee und Petroleum in voller Beträge in Zahlung genommen werden, aus der Reichstags in der Zeit vom 1. August bis 1. Februar hat 23,65 Millionen Mark aus den Zollrücklagen gezahlt worden sind, die dem direkten Verlust der Reichseinnahmen bedeuten. In der angegebenen Zeit betrug die Einfuhr und Ausfuhr in:

	Einfuhr:	Ausfuhr:
Weizen	1 024 000 Tonnen	404 000 Tonnen
Roggen	180 000	584 000
Gerste	1 274 000	18 000
Safer	191 000	200 000

Wir folgen der Berechnung der Deutschen Tageszeitung, die des leichteren Vergleiches wegen das Reich mit einem Dreifachschlag als Getreide in Rechnung stellt. Es ergibt sich, daß für den Ausfuhrüberschuß bei Roggen in der Zeit vom 1. August 1908 bis 1. Februar 1909 bare 23,65 Millionen Mark, für den Ausfuhrüberschuß bei Safer 450 000 Mark gezahlt wurden. Die Deutsche Tageszeitung erkennt, daß die prämierte Ausfuhr sich mit den sonstigen agrarischen Subventionen vom Schutz der nationalen Arbeit gleichbedeutend verteidigen läßt. Da die 23,65-Millionen-Getreide-Subvention die in den nächsten Monaten noch eine Summe im verhältnismäßig Millionen erfahren wird, gerechtfertigt werden soll, erklärt sie, daß die Erhaltung der Einfuhrprämien allerdings ein Getreide-Ausfuhrprämie bedeuten würde, wenn Weizen, Roggen, Gerste und Safer ganz heterogene Früchte wären, die volkswirtschaftlich je für sich nur ganz getrennte Bezugsgebiete hätten. Zur menschlichen Ernährung werden sowohl Weizen als Roggen, zur tierischen Ernährung Gerste und Safer. Deshalb wäre es ein volkswirtschaftlich ungeschicklicher Zwang auf die Ernährungs- und Fütterungsbehörden, wenn die Wehrzufuhr bei der einen Getreideart auf die Weizen einfuhr in Anrechnung gebracht werden könnte. Wenn die Einfuhr in Anrechnung gebracht werden könnte, so werden die Getreideexporten nach agrarischen Schluß weitergezogen werden solange aus nur noch eine Getreideeinfuhr besteht. In ihrer Ausfuhr prämien vergibt die Deutsche Tageszeitung in ihrer früheren Beweisführung und kommt zu dem Schluß, daß

...ollart ohne Ausfuhrprämien von seiner Bedeutung für ...

Die Kreuzsetzung ist von dieser Verteidigung der ...

Gegen die Vertierung des Telephons.

Der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher ...

Der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher ...

Zu Ergänzung dieser Resolution wurden sodann auf Antrag ...

- 1. Bildung eines Zweckverbandes, bestehend aus sämtlichen ...
- 2. Veranstaltung einer Massenpetition an den Deutschen ...
- 3. Unterstützung des Reichstags mit Einzelpetitionen und ...
- 4. Ständige Speisung der Presse mit Material gegen den ...
- 5. Massendemonstration einer Prozession, eventuell in Form ...

Zur Hochwasserkatastrophe.

Der preussische Minister des Innern hat Anweisung ergeben ...

Die Berliner Handwerkerkammer hat neue ...

Da hierdurch auf dem Umwege über die Lehrverträge auch ...

Im Straßberger beantragte der Staatsanwalt gegen den ...

Wie sieht es mit der Radobspende? Aus dem wird der ...

Der anhaltische Landtag wurde am Montag eröffnet. Eine ...

Der Landtag des Fürstentums Lippe trat am Montag ...

Kleine politische Nachrichten. Die Einladung des Lord ...

Ausland.

England.

London, 22. Februar. (Unterhaus.) Bei Fortsetzung der ...

Rußland.

Aus Petersburg wird dem V. Z. berichtet: Kaum daß der ...

Wohl beim ersten Angriff in die Rechnungen der Intendantur ...

Aus den Bäckern der Großfabriken und speziell der ...

Petersburg, 22. Februar. Die Voruntersuchung wegen der ...

Petersburg, 22. Februar. Die Redaktionen, daß der ehemalige ...

zu resolutionären Kreisen von einem besonderen Tribunal zur ...

Verfien. Tabris, 22. Februar. Bei einem 10 Werft entfernten ...

Amerika.

Die neue Weltkonferenz. New York, 21. Februar. (A. Z.) Die von Roosevelt angeregte ...

Zu den im September im Haag beginnenden Verhandlungen ...

Letzte Telegramme.

Internationales Friedensmeeting. Paris, 22. Februar. Am Montagabend fand hier ein großes ...

Französische Vorklagen. Paris, 22. Februar. Die Regierung hat beschlossen, eine ganze ...

Dreifache Mordtat. Breslau, 22. Februar. Aus Gagnau wird gemeldet: Die ...

Urgen Finnland. Petersburg, 22. Februar. Die plötzliche Schließung des ...

Eine Bombe. Petersburg, 22. Februar. Im Hause des Dumopräsi ...

Paris. Tula, 22. Februar. Hier wurden bei einer Panik, die während ...

Eisenbahnkatastrophe. New York, 22. Februar. Bei Tezmar im Staate Delaware ...

Straßenkämpfe. Omaha (Nebraska), 22. Februar. Um die Ermordung eines ...

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Drei Volks-Versammlungen

finden statt am

Mittwoch den 24. Februar, abends 9 Uhr

in folgenden Lokalen

Reichskrone
Bischofsweg

Blumensäle
Blumenstrasse

Schusterhaus
Hamburger Strasse

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Arbeitslosenfrage im Stadtparlament

Referenten: Die Stadtverordneten **Fleissner, Krüger** und **Nitzsche**.

Debatte.

Wir eruchen die Stadträte und Stadtverordneten, in diesen Versammlungen zu erscheinen, um die Stimmung des arbeitenden Volkes kennen zu lernen. Massenhaften Besuch erwarten

Die Einberufer:

Robert Wirth, Selgolandstraße 10 Bernhard Jungnickel, Köbener Straße 58 Kurt Wehling, Weidenstraße 40.

Radeberg!

Sonnabend den 27. Februar 1909, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Kaiserhofes

Oeffentl. Versammlung

Tages-Ordnung:

500 Millionen Mark neuer Steuern.

Referent: Reichstagsabgeordneter **G. Noske**, Chemnitz.

Hierzu freie Aussprache.

Zu zahlreichem Besuch wird eingeladen und ersucht, andere Veranstaltungen zurückzustellen. Oeffentliche politische Versammlung. Einberufer: Ernst Brauns, Bismarckstraße 4.

Naturheil-Verein Radeberg.

Mittwoch den 24. Februar

in Herren-Panorama-Bad.

Wacht-Schenke

Vieschen, Rehefeldstraße 57

Dienstag, von 6 Uhr ab

Grosses Schlachtfest

Weistlich, Blut- u. Cederwärtchen.

Louis Schulze u. Frau.

Fisch-Götze - Alte Elche.

Zöpfe, Unterlagen

in großer Auswahl

auch von baugesunden Haaren

Richard Heger, Friseur

Zwingerstr. 22 (i. d. Saalstr. Richtung)

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Metalldrücker von Dresden u. Umg.

Sonnabend den 27. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Branchen-Versammlung

im Restaurant Annaburger Hof, Falkenstraße 2.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Bericht von der General-Versammlung

3. Branchenanliegenheiten.

Beifälliges Erscheinen der Kollegen wird erbeten.

Die Branchenleitung

Niederhäslich!

Samstag den 28. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr

Einwohner-Versammlung

im Gasthof Niederhäslich.

Tages-Ordnung:

Besprechung des diesjährigen Haushaltsplanes, der Erhöhung

der Gemeindeanlagen und anderer Gemeindeangelegenheiten.

Referenten: Die Gemeinderatsmitglieder.

Zahlreiches Erscheinen der Einwohner wird erwartet.

Oeffentliche politische Versammlung. Einberufer: Oswald Schmieder,

Niederhäslich Nr. 59 m.

Volksversammlung

Donnerstag den 25. Febr., abends 8 1/2 Uhr

in Altem Gasthof zu Mügeln

Tages-Ordnung:

Die Religion der Liebe.

Ref.: Schriftsteller Adolf Stern, früher Geistlicher in Heidelberg.

Debatte. - Freie Redefreiheit für jedermann.

Einen reichen Zuspruch erwartet

Der Einberufer: Max Richter, Heidemann, Dresden Str. 48.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Naturheilverein Dresden-West

Mittwoch den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr

Vortrag

in der Wusenhalle, Dr.-Otho, Kesselsdorfer Strasse

Gicht u. Rheumatismus, ihre Ursachen u. Heilung

Referent: Herr Naturheillehrer Wolf, Dresden.

Eintritt frei. Gütige willkommen.

Oefftl. Diskussionsabend

Donnerstag den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr

im Bürgergarten, Lötzen, Lötzenstr. 16

Die Tochter des Arbeiters und die Volksschule

Fräulein Herz, Lehrerin.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Freier Eintritt und freie Aussprache.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag den 25. Februar, abends 7 Uhr

im Volkshaus, Rigenbergstraße

Versammlung

aller Funktionäre der Zahlstelle, wie Delegierte

aller Branch., Vertrauensleute, Kassierer etc.

Vortrag des Bauvorstehers Koll. O. Gerltzke.

Es ist unbedingt Pflicht aller Vertrauensleute, Delegierten

und Kassierer, zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch und die Legitimations-

karten sind zur Kontrolle vorzubringen. Die Verwaltung.

Achtung! Für die in Gew. u. Wäbeltischlereien Beschäftigten.

Sollte in irgendeinem Betriebe die mit dem 12. Februar in Kraft

getretene 50 stündige Arbeitszeit und 1 Pf. Lohnverhöhung nicht zur Ein-

führung gelangt sein, so ist dies sofort im Bureau zu melden, damit für

Zusicherung der Steuerung gefordert werden kann.

Sozialdemokratischer Verein

für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Vertragschreiber: Effen, Dr.

Dresden, Poststr. 77 G. I

Dresdn. Kur. Dresden Nr. 774.

Vertragschreiber: Effen, Dr.

Dresden, Poststr. 77 G. I

Dresdn. Kur. Dresden Nr. 774.

Vertragschreiber: Effen, Dr.

Dresden, Poststr. 77 G. I

Dresdn. Kur. Dresden Nr. 774.

Vertragschreiber: Effen, Dr.

Dresden, Poststr. 77 G. I

Dresdn. Kur. Dresden Nr. 774.

Vertragschreiber: Effen, Dr.

Dresden, Poststr. 77 G. I

Dresdn. Kur. Dresden Nr. 774.

Vertragschreiber: Effen, Dr.

Dresden, Poststr. 77 G. I

Dresdn. Kur. Dresden Nr. 774.

Vertragschreiber: Effen, Dr.

Dresden, Poststr. 77 G. I

Dresdn. Kur. Dresden Nr. 774.

Vertragschreiber: Effen, Dr.

Dresden, Poststr. 77 G. I

Dresdn. Kur. Dresden Nr. 774.

Gasthof Stetzsch.

Feine

Ballmusik

Preis von 7 bis 12 Mark 60 Pf.

Um 10 Uhr: Pfannkuchen-Polenta.

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

Streu labet freundlich ein

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 44.

Dresden, Dienstag den 23. Februar 1909.

20. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Um ein Gewerbegericht.

Für die Errichtung eines Gewerbegerichts sind die Arbeiter der Industriestadt Regischa schon seit Jahren eingebracht. Bis her waren aber alle Bemühungen vergeblich. Vor kurzem wurde die für die Arbeiterkassen so wichtige Frage in einer Einwohnerversammlung behandelt. Durch einstimmige Annahme einer Resolution kam das Verlangen der Arbeiterkassen nach einem Gewerbegericht zum Ausdruck. Auf Grund dieser Resolution dem Stadtrat unterbreitet, auf ist vor einigen Tagen abermals ein ablehnender Bescheid des Stadtrates eingegangen, worin ein neuer origineller Punkt der städtischen Behörden in der Frage des Gewerbegerichts zum Ausdruck kommt. Es heißt in dem Bescheid:

Ein Gewerbegericht, ebenso wie ein Kaufmannsgericht, ist ein Sondergericht, das den ordentlichen Gerichten einen Teil der Rechtsprechung entzieht. Durch Schaffung eines Sondergerichts und Abzug eines Teils der sonst den staatlichen Amtsgerichten obliegenden Streitigkeiten an eine Behörde, die ganz andere Aufgaben als die, Recht zu sprechen, wird nach Ansicht des Stadtrates ein Verstoß gegen die Grundsätze der Gerichtsorganisation, der Einheitlichkeit der Gerichte, der Gemeinden und des Staates begangen. Gewerbe haben die Gewerbetreibenden, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, und die im Handel und in der Industrie Beschäftigten ein gleiches Interesse an schneller und billiger Rechtsprechung, sie teilen dieses Interesse aber mit den allen anderen Berufs- und Gewerbetreibenden, ebenso wie ein inneres Recht darauf. Solches Recht und Recht aber auf dem Wege der Sondergerichte, sind für jeden Gewerbestand ein besonderes, zu dem, was die Stadtrat für einen verkehrten Weg, nicht dieser ist u. S. zu betreten, sondern es sind die gewöhnlichen Mittel zu ergreifen, um durch Einführung schnellerer Rechtsprechung dringender Prozesse, wie sie im Rechtsverfahren im Urkunden- und Wechselrecht bereits vorhanden sind, sowie Vermehrung (Dezentralisation) der erstinstanzlichen Gerichte der Richter eine raschere und billigere Rechtsprechung zu erzielen, als für jetzt durch die vielfache Überlastung der Gerichte und der Richter erreichbar ist. Solche Maßnahmen würden allen Beteiligten zugute kommen.

Die Errichtung eines Gewerbe- und eines Kaufmannsgerichts ist auch die Erfüllung eines berechtigten Wunsches unserer Amtsbekleidung, hier, vielleicht zugleich für Regischa, ein einheitliches Gericht (Amtsgericht) zu erhalten, nur, weil eine Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichterrichtung eine Verletzung eines ordentlichen Gerichts nach weiter als sonst möglich, aus diesen theoretischen, die Gesamtbekleidung der Stadt betreffenden Gründen, und lediglich aus solchen, ist Stadtrat zur Ablehnung des Beschlusses im Hinblick auf die Errichtung eines Gewerbegerichts gelangt.

Wird der günstige Moment zur Beschleunigung des Petitionsverfahrens um Errichtung eines Regischaer oder Regischa-Regischaer Gerichts gekommen sein und die Arbeiterbevölkerung unsterk will in Einigkeit mit der gesamten anderen Einwohnerbevölkerung der Stadt hierüber unterstützen, so werden wir das mit Freuden tun.

Mit dieser sonderbaren Argumentation hat der Stadtrat seine Ablehnung gegen ein Gerichtsverfahren, in dem die Arbeiterkassen gegen die Unternehmer zu ihrem Rechte kommen, nur schlecht veräußert. Die Notwendigkeit von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ist so allgemein anerkannt, daß man sich darüber mit Regischaer Stadtrat nicht auseinandersetzen braucht. Ist aber durch diesen ablehnenden Bescheid vom Stadtrat letzte Abweg der oben erwähnten Resolution noch befördern zu werden, der da lautet: „Die Verfassung der Stadt Regischa ist durch die Errichtung eines Gewerbegerichts nicht zu beeinträchtigen, sondern die Forderung der Arbeiterkassen gegen die Unternehmer ist durch die Errichtung eines Gewerbegerichts zu befördern.“

Flüchtende Nationalliberale.

Neben den Herren Schick und Schill, deren Abtreten von der politischen Bühne Sachsens wir bereits gewürdigt haben, wird auch der Abg. Gontard, Kaufmann in Leipzig, zurückgekehrt. Er hat erklärt, eine Kandidatur nicht mehr anzunehmen zu können. Gontard kann zwar nicht zu den nationalliberalen gezählt werden, aber er spielte in der Fraktion Dreyse doch eine hervorragende Rolle. Insbesondere war der Abg. der sich in der Rolle des vornehmsten Mannes gefiel, Redner der nationalliberalen in Ausschüssen. Es war wohl der einzige bürgerliche Abgeordnete im Dreiklassenparlament, der in solchen Dingen ein gewisses Verständnis und besseres Wissen offenbarte. In politischen Angelegenheiten er nie hervorgetreten, dagegen hat er sich in finanziellen Spezialfragen mehrfach geäußert und unter anderem auch die interessante Berechnungen über die sächsischen Staatsschulden veröffentlicht. Als Vorsitzender der Rechnungsabteilung stand ihm über auch reichlich Material zur Verfügung. Unter den anderen Gegnern der Sozialdemokratie war er einer der angesehensten. Doch hat er es nicht versucht, die Ringe mit sozialdemokratischen Rednern zu kreuzen.

Auch der Abg. Voppitz, Vertreter des 14. sächsischen Wahlkreises (Hohenstein-Ernstthal, Merane, Limbach), will nicht mehr kandidieren. Dieser Herr hat niemals eine hervorragende Rolle gespielt. Er war ein Industrieller, der sich gelegentlich etwas betätigt in Schachmachereien betätigte.

Die Massenflucht der Nationalliberalen scheint auf die Ereignisse zurückzuführen zu sein, daß sich die Fraktion Pettner-Parlament mit dem Vierklassenwahlrecht selbst eine Ruine aufbaute, durch die viele aus ihren jetzigen Wahlkreisen hinausgerückt werden, um Platz zu machen für die Konstitutionellen.

Bürgerliche Arbeitslosen-Hilfe.

Zu der Resolution, die in einer Arbeitslosenversammlung in Regischa gefaßt und dem Stadtrat zugestellt worden ist, hat sich auch die Behörde zu einer Versicherung aufgeschlossen. Der Stadtrat eröffnet dem Gewerkschaftsleiter:

Obgleich, wie aus den mitgeteilten Zahlenangaben über die gegenwärtigen Beschäftigungsstellen in dieser Stadt zu ersehen ist, der Umfang der Arbeitslosigkeit

zurzeit nicht größer ist, als in früheren Wintern, und obgleich bei dieser Sachlage eine Notwendigkeit, besondere Kostenaufwendungen vorzunehmen zu lassen, nicht anerkannt werden kann, so soll doch den künftigen Arbeitslosen Gelegenheit zum Arbeiten geboten werden.

Da andere Arbeiten, insbesondere im Hoch- und Tiefbauwesen, zurzeit nicht vorgenommen werden können, soll das Schmelzen von Straßensteinen im Alford vergeblich werden.

Als Steinerschlag im Alford, das ist alles, was der freisinnige Bittauer Stadtrat für die Arbeitslosen übrig hat. Dabei aber kann ein dieser Arbeit ungewohnter Arbeiter die ganze Woche schuften, um mit wunden Händen und 3 bis 5 M. in der Tasche als Lohn für eine ganze Woche schwerer Arbeit nach Hause zu gehen. Mit Steinerschlag im Alford bietet man nur den Schein einer Arbeitslosenhilfe, und zwar einer recht verwerflichen.

Antisemitische Landtagskandidaturen.

Am Sonntag hat in Dresden unter dem Vorsitz des Herrn Zimmermann eine Vertrauensmänner-Versammlung der Reformpartei stattgefunden, die sich mit den kommenden Landtagswahlen beschäftigt hat. Nach einer ausgiebigen Diskussion ist es gelungen, fast allen Wahlkreisen ein Kandidat präsentiert worden. In Dresden sind gleich drei Reformisten in Führerschaften aufgestellt worden. Draußen auf dem Lande hofft man auf den größten Erfolg, weshalb auch gegen 25 Kreise zur Agitation in Aussicht genommen wurden. Die Delegierten beschloffen, mit anderen Parteien zu koalieren, um die sozialdemokratischen Kandidaten in besonders gefährdeten Kreisen mit den übrigen bürgerlichen Parteien gemeinsam zu bekämpfen. Zunächst sollen die gewählten Kandidaten befragt werden, ob sie ein Mandat annehmen.

Reine Revision der Landtagsordnung.

Zu dieser Frage weist das Leipziger Tageblatt nach, daß der neu regulierten Diktum wegen einer Änderung der Landtagsordnung nicht erforderlich ist, da der § 33 Absatz 3 der Landtagsordnung, der hier allein in Frage kommt, bereits durch Gesetz vom 30. Juni 1902 abgeändert worden war und folgende Fassung erhalten hatte:

„Die in § 120 der Verfassungsurkunde zugesicherten Tageselder der Ständekammern betragen für diejenigen, die an dem Ort, wo der Landtag gehalten wird, wohnhaft sind, 6 M., für die übrigen 12 M. Sie werden vom Tage der Annahme an, mit Ausnahme der Zeit eines erkrankten Mitglieds oder einer Abwesenheit, die nicht durch Krankheit am Ort des Landtags, oder Präsidentschaften entschuldigt ist, bis zu und mit dem Tage, an welchem der Landtag verlegt oder gelöst wird, den nach § 10 über diesen Zeitraum hinaus am Ort des Landtags festgesetzten Direktoriumsmitgliedern bis nach Erledigung der dort angegebenen Geschäfte, Kammermitgliedern, aber, die etwa durch Krankheit an der Abreise verhindert sind, bis zur Erledigung des Dienstes ausbezahlt.“

Schon damit war also die Fassung des § 33 Absatz 3 der Landtagsordnung durch Gesetz bestätigt. Aber auch die Fassung von 1902 ist durch das neue Gesetz eliminiert worden. Denn § 11 der Verfassungsurkunde (in der vom Landtage genehmigten endgültigen Form, § 12) lautet:

„Die Bestimmungen des Gesetzes, die Tageselder der Landtagsabgeordneten betreffend, vom 30. Juni 1902 (S. u. B.-Bl. S. 247) treten außer Kraft. Dagegen demnach es bei der Aushebung des § 120 der Verfassungsurkunde in der Fassung vom 12. Oktober 1874 (S. u. B.-Bl. S. 333).“

Demnach ist sowohl der § 120 der Verfassung, der den Hinweis auf die Landtagsordnung enthält, wie auch § 33, Absatz 3 der Landtagsordnung selbst aufgehoben, und durch das neue, jetzt nach der (historischen) Sanction darstellende Gesetz ersetzt worden. In der Erläuterung zum Gesetz ist der betreffende Abschnitt am 25. u. 26. einmütig gefaßt worden, in der zweiten Kammer stimmten 51 Mitglieder, dafür 16 dagegen. Da es sich um eine Verfassungsänderung handelte, hätte Präsident Dr. Wichner ausdrücklich fest, daß die nach § 152, Absatz 2 der Verfassung erforderliche Zweidrittelmehrheit vorhanden ist, auch die Zustimmung erfüllt ist, das mindestens Dreiviertel aller Kammermitglieder anwesend sein müssen. Eine Verlegung der Landtagsordnung ist daher aus diesem Grunde nicht zu erwarten, auch verfassungsrechtlich überflüssig.

Das die Landtagsordnung im übrigen sehr revisionsbedürftig ist, wird niemand, der mit ihr vertraut ist, bestreiten wollen. Das gleiche gilt, nebenbei bemerkt, von den Geschäftsordnungen der Kammern und auch von der Verfassung selbst, die sämtlich manche veraltete Bestimmungen enthalten, auch untereinander nicht klar und klar genug abgegrenzt sind. Eine Abänderung der Geschäftsordnungen für beide Kammern ist übrigens durch das neue Einkommensteuergesetz vorzubereiten. Sein Schicksal hängt davon ab, ob die neuen Bestimmungen über die Ausübung dieses Gesetzes, insbesondere über die Führung der Anwesenheitslisten, sind in der Geschäftsordnung einer jeden der beiden Kammern der Ständekammerung zu treffen.“

Aus einem Vorparlament.

Ein allerhöchstes Bild der Zustände in einem Gemeindeparlament, die nicht vereinzelt dastehen mögen, gibt eine Korrespondenz der Bittauer Volkszeitung aus Hirschfeld, einem Industriestadt mit 2500 Einwohnern. Es heißt da: „Zimmer an der Wand lang möchte man bei uns sitzen, wenn man sich den Antrag unleser Genossen Laubich vor Augen hält, den dieser in der letzten Gemeinderatssitzung stellte. Genosse Laubich beantragte, daß der Gemeinderat für das Sitzungszimmer einige Tische anschaffen sollte. Jetzt sitzen nämlich die Herren immer an der Wand lang auf ihrem Allerwertesten und hören so der Dinge, die da kommen sollen. Nur der Gemeinderat braucht nicht — immer an der Wand lang mitzumachen, der hat einen Tisch. Man weiß nicht, ob man zu solch einer Sache meinen oder lachen soll. Voran muß man aber bestimmen, wenn man erklärt, daß dieser Antrag nicht einmal die notwendige Unterstützung fand. Das passiert in Hirschfeld, und fast täglich ist es so, als ob man mit voller Berechtigung sagen könnte: Hier ist es ja wie ausgelehrt! Vielleicht fehlen aber auch dazu die nötigen Befehle.“ In der Bittauer Volkszeitung wird schließlich eine Hausammlung vorgeschlagen, damit dem Gemeinderatsmitglied in Hirschfeld ein Tisch vor die Sitzgelegenheit gestellt werden kann.

Paar im Ordnungslager.

Die Landtagswahlen haben im Konserativen Verein zu Großenhain zu so schweren Differenzen geführt, daß der Vorstand in seiner Weisheit demissionierte. Wenn die Herrschaften sich jetzt schon gegenseitig in die Haare fahren, kann man im Wahlkampf noch manches erdäuliche Schauspiel erleben.

Diesem. Wegen der Worter Schreyer in Gollm, der in dem Prozeß gegen das Dörscher Tageblatt fast kompromittiert worden ist, hat die vorgelegte Behörde das Disziplinarverfahren eingeleitet.

Planen. Vor der Strafkammer des k. k. Landgerichts wurde Genosse Steinlühl aus Kuerbach wegen eines eingeleiteten Artikels: Schutz vor Schuppleuten, zu 150 M. Strafe bezw. 30 Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Stadtbaumeister und zwei Schuppleute von Kuerbach hatten auf Veranlassung des Bürgermeisters Strafantrag gestellt. Die Strafantragstellung des Baumeisters wurde als nicht berechtigt zurückgewiesen.

Werdau. Bei der Gemeinderatswahl in Steinpleiß siegte Genosse Paul Martin mit 80 Stimmen. Der Gegner erhielt nur 13 Stimmen.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Eine Kohlenhändlerpötte fand am Sonntagabend in der Breitenstraße in Dresden statt. Glücklicherweise war in dem von der Explosion betagelten Raum niemand anwesend, sonst hätte ein größeres Unglück passieren können. Das Abblöhen des brennenden Kohlenlaubes gestaltete sich sehr schwierig und nahm längere Zeit in Anspruch. Durch das heftige Knall wurde in dem Werke eine größere Anzahl Fenster zertrümmert. Der Schaden beläuft sich auf etwa 1000 M. — Der Gottesdienst in der Kirche zu Wittich bei Reichen wurde am Sonntag schon bei Beginn des Hauptgottesdienstes abgebrochen, weil Kohlenlaub aus der Setzungsanlage ausströmte. Eine große Anzahl Kirchbesucher hat bewußtlos um, später auch der Organist und Kirchschullehrer Pötte sowie noch mehrere Kirchenbesucher. Alle Betroffenen wurden ins Rittersgut Wittich übergeführt. — Zwei heftige Erdstöße wurden Sonntagabend früh gegen 6 und kurz nach 7 Uhr in Köditz und Pohndorf bei Gahrenstein wahrgenommen. In verschiedenen Wohnungen machte sich die Erschütterung durch Rattern der Schränke und Schwanen der Möbelstücke bemerkbar. — In Grimmitzsch brannte in der Nacht zum Montag nach 3 Uhr das große Fabrikgebäude der Firma Christoph Händel vollständig nieder. Der Schaden ist groß. Im Gebäude befand sich Spinnerei und Weberei. Die wertvollen Maschinen wurden durch das Feuer zerstört. Gegen 100 Arbeiter sind betroffen. Die Feuerwehre kämpfte die nahe Gebäude, das Wohnhaus und die lithographische Kunsthandlung von Gabel u. Reising. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. — In Oelsnitz i. E. wurde der 68-jährige Berginspektor Oelsner vor einem Materialwarenladen tot aufgefunden. Man fand im Munde der Leiche einen Rollenstock, an dem Oelsner erstickt ist. — Auf der Grube „Deutschland“ bei Oelsnitz i. E. geriet der Hausbesitzer und Zimmermeister Gausch zwischen den Fahrstuhl und einen Einstrich. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb. — Von einem Verstorbenen nach Hause zurückkehrend, hatte sich der Gutsbesitzer Meier in Schönbrunn bei Wolkstein vor seinem Hause auf eine Bank gesetzt. Dort ist er eingeschlafen und erstickt. — Gutsbesitzer Böder aus Mittelbach, der mit seinem Schwitten einem ihm entgegenkommenden Gelände ausweichen wollte, wurde herabgeschleudert. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit, ohne die Befinnung wieder erlangt zu haben, starb.

Stadt-Chronik.

Das städtische Fortbildungsschulwesen.

Die Dresdner Fortbildungsschulen sollen von Ostern 1909 ab umgeändert und auf eine andere Basis gestellt werden. Jetzt sind ihnen jede selbständige Organisation, sie sind lediglich ein Anhängel der Volksschulen. Das soll nun anders werden. Die städtische öffentliche Fach- und Fortbildungsschule, wie sie genannt wird, erhält fünf selbständige Direktorate und ein besonderes Lehrerkollegium. Jeder händliche Lehrer ist zur Erteilung von 28 Wochenstunden verpflichtet. Als händliche Fortbildungsschullehrer können außer seminaristisch gebildeten Lehrern auch Fachlehrer, das sind Ingenieure, Zeichner, Techniker, Maler, Bildhauer, Handwerker usw., angestellt werden. Der Unterricht ist unter Beibehaltung der bisherigen Ferien, an den sechs Werktagen von früh 7 Uhr bis abends 7 Uhr zu erteilen, auch an der städtischen Gewerbeschule, an Innungsschulen und Privatschulen ist Unterricht nach 8 Uhr abends nicht mehr gestattet, dagegen soll er Sonntags an den Schulen, an denen er zurzeit besteht, in dem bisherigen Umfang für die Zeit von 7 bis 9 Uhr früh und 11 bis 2 Uhr mittags bis auf weiteres noch zugelassen werden. Der Beruf des Schülers ist in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen und die Schüler nach Berufen oder, wo dies nicht möglich ist, nach Berufsgruppen in Klassen zu vereinen, für alle Schüler ist obligatorische wöchentliche Stundenzahl auf 4 festzusetzen; wo für die Berufsklassen noch 2 obligatorische Wochenstunden im Fachzeichnen, für die Kaufleute 1 obligatorische Wochenstunde zur Erweiterung und Vertiefung der Buchführung und Handelslehre treten. Die Vereinigung zu einer besonderen Berufsklasse ist dann erforderlich, wenn mindestens 30 Schüler eines Berufes in einer Fortbildungsschule vorhanden sind. Bildung von Berufsgruppen ist aber auch durch die Ueberweisung von einer Fortbildungsschule zu anderen, ohne Rücksicht auf den Bezirk, zulässig. Die Höchstzahl der Schüler einer Berufsgruppe und einer Klasse für Schwachbefähigte ist in der Regel auf 30, für alle übrigen Klassen auf 85 festzusetzen. Die Schüler der Berufsgruppen sind anzuhalten, nach den in der Schule angefertigten Verteilungen von Zeit zu Zeit Probefrüchte in der Weiterbildung herzustellen, die in der Schule zur Verteilung vorzuliegen sind.

Eine Angleichung der Innungsschulen, falls sie von einer Innung beantragt werden sollte, an die städtische Fach- und Fortbildungsschule wäre in der Weise zu genehmigen, daß der Innungsausschuß weiter bestehen bleibt und das Recht erhält, die Fachlehrer für die angegliederte Innungsschule dem Rate vorzuschlagen, und daß der Innungsausschuß oder dessen Stellvertreter händliche Mitglieder der Lehrerkonferenz wird. Als selbständige Unterabteilung des Schulausschusses ist ein Schulausschuß für das Fach- und Fortbildungsschulwesen einzusetzen, der aus dem Schulamtsvorstande, zwei dem Schulausschuß angehörenden weiteren Ratsmitgliedern, drei dem Schulausschuß angehörenden Stadtdirektoren, dem Stadtschulkommissar, zwei Fortbildungsschuldirektoren, drei Handwerkerlehrer oder Vertretern der Innungen, einem Fachschuldirektor oder einem Fortbildungsschullehrer besteht. Dem diesem Ausschusse angehörenden drei Handwerkerlehrern oder Vertretern der Innungen ist die Berechtigung zu erteilen, allen Fachunterricht, namentlich auch den Unterricht in der Realkulation, Waren- und Werkzeugkunde, im Einvernehmen mit dem Direktor zu besorgen und die dort gemachten Wahrnehmungen unter Einhaltung von jedem Eingreifen in den Unterricht sowie von jeder Erteilung von Weisungen an den Lehrer dem Fortbildungsschuldirektor und dem Schulausschuß mitzuteilen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Sollen die Gewerkschaften eingetragene Vereine werden?

Das Gewerkschaftsstatut in Hamburg behandelte kürzlich diese Frage. Die Gewerkschaften sind in der Regel eingetragene Vereine. Das Ergebnis war, wenn auch ohne förmliche Abstimmung, die Ablehnung des Vorschlags, nach der Eintragung als eingetragener Verein zu streben. Sicher mit Recht! Bei dem Interesse der Gewerkschaften an der Eintragung als eingetragener Verein, das der rechtliche Kern der beiderseitigen Ausführungen nach dem Inhalt des Hamburger Statuts wiedergibt.

Der erste Referent, H. A. Dr. Lutzheim, führte die unzulässigen rechtlichen Vorteile vor, die ein Verein durch die Eintragung nicht erhält. Er kann auf seinen Namen Eigentum erwerben und Grundbesitz erwerben lassen. Er kann vor Gericht als Kläger auftreten, auch geschuldete Mitgliedsbeiträge durch Klage einziehen. Das schiedliche Einspruchsrecht gegen die Eintragung von Vereinen ist für die Gewerkschaften, die sich als eingetragene Vereine behandeln wollen, ein rechtliches Hindernis. Und selbst, wenn wegen dieser Tatsachen ein eingetragener Verein der Aufhebung verurteilt, so steht nichts im Wege, das Vermögen eines anderen, z. B. eines Gewerkschaftsstatuts, zu verwenden, das es wieder für die Eintragung eines gleichartigen Vereins verwenden könnte. Besonders wichtig sei die Eintragung zur Sicherstellung der Tarifverträge. Ein Tarifvertrag an sich kein Recht, gelte vielmehr nur so, als er durch allgemeine Anerkennung des Charakters des Gewerkschaftsrechts annehme. Deshalb sei er durch Vereinbarung von Tarifverträgen zu sichern. Diese aber könnten von nicht rechtswidrigen Vereinen nicht eingeklagt werden.

Dem zweiten Referent, H. A. Dr. Herz, konnte es nicht schwer fallen, diese, wohl dem Buchstaben des Gesetzes, nicht aber der Wirklichkeit nach, rechtliche Bedenken zurückzuführen. Er betonte, daß die Gewerkschaften oft genötigt seien, auf die Eintragung Einfluß zu haben; daß die Frage der Aufhebung gegen die Sperre von einem Jahre, die damit über das Vermögen hinweggeht, doch viel früher zu nehmen sei; daß das Recht, Mitgliedsbeiträge u. a. einzutreiben, keine Bedeutung habe. Ueberhaupt habe die Eintragung wohl für Vereine mit vorwiegend verdinglichem Charakter, nicht aber für die Gewerkschaften, die eine Personengemeinschaft seien, Wert. Bisher sei man ohne die Rechtsfähigkeit ausgekommen, und so werde es auch am besten bleiben. So seien bisher die Bemühungen um die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften immer von bürgerlicher, nie von anderer Seite abgegangen. Die Kosten- und Eigentumsinteressen, die für unsere Verbände nie der Hauptzweck sein könnten, würden eben damit in den Vordergrund geschoben. Und durch die Möglichkeit, das Vereinsvermögen für jede rechtswidrige Handlung eines Vertreters haftbar zu machen, müßte der Kampfscharakter leiden. Die Aufhebung der Gewerkschaften von rechtlichen Wesen der Tarifverträge teile er zwar, er sei eine beachtenswerte Theorie zugunsten des zwingenden Charakters der Tarife mitgeteilt. Er hielt aber diesen Punkt für so schwerwiegend, um deshalb den Charakter der Gewerkschaften zu ändern.

Die Diskussion drehte sich um den Standpunkt des zweiten Referenten. Es hieße auch das Wesen unserer Gewerkschaftsorganisationen von Grund auf umgestalten, wollten sie sich um rechtliche Rechte stellen unter die Aufsicht der Verwaltungsbehörden und Registergerichte stellen und ihren Gegnern leicht greifbare Handhaben zum Kampfe auf dem Wege des Zivilprozesses, der besten Ausgang bei dem bürgerlichen Charakter unserer Tätigkeit zweifellos bieten würde, in die Hand geben. Auch die Eintragung von Mitgliedsbeiträgen durch den Gerichtsvollzieher dürfte im vorliegenden Falle für einen Gewerkschaftler sein. Dazu kommt, daß ein Hauptgrund, der für die Eintragung angeführt und von dem Gegenseiter auch zugegeben wurde, unzutreffend ist: wir meinen die Tariffrage. Ob ein Tarifvertrag zwingendes Recht für die Beteiligten schafft, wie mit Recht viele Gewerkschaften annehmen, oder ob er durch Privatvertrag außer Wirkung gesetzt werden kann, wie in einem viel beipröchen Urteil jüngst das Gewerbeamt Hamburg entschieden hat, mag zweifelhaft sein — wenn auch die Anerkennung der zwingenden Kraft sich immer fester durchsetzt, der Tarifvertrag, der nicht ausdrücklich abgeändert worden ist, ist zwischen den Angehörigen der vertragsschließenden Organisationen ebenfalls zwischen den Verbänden oder Kommissionen, die den Vertrag abgeschlossen haben, und den einzelnen dem Vertrage unterworfenen Gewerkschaften und Arbeitern-Tagelöhner Recht schafft, ist nicht zu bezweifeln. Der Tarif wird geschaffen, um Rechtsbehelfe zu geben. Er ist nicht erfindlich, weshalb er nicht immer sein soll, willkürlich, d. h. auch flüchtig Recht zu erzeugen, und was die Frage der Rechtsfähigkeit betrifft, die der nicht eingetragene Verband allerdings nicht hat, so löst sich durch die Festlegung der Bestimmungen oder auch unbestimmten Personen (z. B. der jeweiligen Vorstände der Kommission u. a.), die berechtigt sein sollen, die Vertragsverpflichtung und eine einmalige Vertretung kraft eigenen Rechtes zu verlangen, sehr wohl diesem Rangel abhelfen.

Also auch dieser für das Streben nach Rechtsfähigkeit angeführte Grund ist nicht stichhaltig. Die Gewerkschaften haben allen Grund, auf die bürgerlichen Gesetze des bürgerlichen Rechts zu verzichten und sich auch ferner nur auf ihre eigene wirtschaftliche Stärke und den Kampfesmut ihrer Angehörigen zu verlassen.

Sofas.

Die Arbeitslosigkeit im Töpfergewerbe in Dresden.

Uns wird von einem Töpfer geschrieben: Seit in Dresden das sogenannte Bauwerk besteht, durch das die Bautätigkeit bis auf ein Minimum eingeschränkt wurde, herrscht in unserem Beruf eine Arbeitslosigkeit, wie sie wohl selten ein Beruf zu verzeichnen hat. Infolge dessen sind in einem großen Teil von den in den letzten Jahren ausgeführten Bauten, hauptsächlich in den besseren, Zentralorten angebracht.

Ende des Jahres 1903 waren noch gegen 600 bis 600 Offener an hiesigen Orten beschäftigt, jetzt sind deren höchstens auch 200 anwesend und diese finden kaum zur Hälfte Beschäftigung. Die Ursachen haben infolge der Einschränkung im Baugewerbe Dresden im Rücken stehen müssen, ein Teil davon die Familie hier zurücklassend, bis es ihnen gelingt, irgendwo anders ein neues Heim aufzufinden.

Wir besitzen am Orte einen paritätischen Arbeitsnachweis. Derselbe wurde in den letzten zwei Jahren (1907 und 1908) von 27 Kollegen benutzt. Diese hatten laut Einschreibebuch innerhalb der zwei Jahre an Arbeitslosen-Wochen zu verzeichnen:

20 Wochen 2 Kollegen	34 Wochen 5 Kollegen
21	35
22	36
23	37
24	38
25	39
26	40
27	41
28	42
29	43
30	44
31	45
32	46
33	47

Die übrigen Kollegen waren unter 20 Wochen arbeitslos. Dieses ist nun nicht etwa die volle Arbeitslosigkeit der Aufgeführten diesen zwei Jahren; denn häufig kommt es vor, daß sie, wenn sie in einem Geschäft Arbeit erhalten haben, für dieses Geschäft noch wochenlang ausbleiben, ehe sie sich wieder an den Nachweis wenden, da sie hoffen, dadurch oder wieder Arbeit zu erhalten als ob den Nachweis. In den meisten Fällen glückt ihnen das jedoch nicht und sie kommen dann erlaucht auf den Nachweis zurück. Das ist so viel geprüfte, gefühlte Stellung der Arbeiter.

Was die oben angeführten Zahlen für Elend in sich bergen, kann nur der Begreifen, der selbst Zeiten der Arbeitslosigkeit durchgemacht hat.

Anland.

Wägen, Oasen- und Kistenarbeiter!

Anfang dieses Jahres lief in Kiel der zwischen den Kistenarbeitern und den Unternehmern abgeschlossene Lohnvertrag ab. Die Unternehmern wollten die wirtschaftliche Krise ausnützen und Lohnabläge bis zu 20 Proz. vornehmen. Bis heute sind die verhandelten Unterhandlungen erfolglos geblieben resp. von den Unternehmern abgebrochen worden. Es wird angenommen, daß auch hier Streikbrecheragenten austauschen, um billige und willige Arbeitskräfte nach Kiel zu locken. Sollten sich hier Streikbrecheragenten bemerkbar machen, ersuchen wir die Kollegen, sofort Nachricht an Julius Pfeiffer, Rosenstraße 101, Telefon 1682, zukommen zu lassen. — Zutritt nach Kiel ist streng zu vermeiden.

Verband der Oasenarbeiter und berta. Verlagsgenossen, Deutschlands, Mitgliedschaft Dresden 1.

Aus den Organisationen.

Der Buchdrucker-Verband verlegte am Schlusse des Jahres 1908 über einen Vermögensbestand der Verbandskasse von 6784 800,98 M. Die Einnahmen im letzten Quartal beliefen sich auf 820 050,24 M., die Ausgaben auf 769 005,77 M. Die Mitgliedsbeiträge betrug am 30. September 55 940. — Der Verband der Kupferstecher zählte am 30. September 3967 Mitglieder in 84 Jahrgängen. Der Verband der Hauptkassisten betrug am gleichen Tage 107 649,87 M. Die Arbeitslosenunterstützung eine Ausgabe von 2630,25 M., die Krankenunterstützung eine solche von 3384,20 M. und die Krankenunterstützung eine Ausgabe von 3584,50 M. Für Streiks und Gemahregel wurden 6965,21 M. verausgabt. — Der Maler-Verband hatte am 31. Dezember 38 391 Mitglieder gegen 35 517 am Schlusse des Vorjahres. Die Zunahme beträgt 574. Die Ausgaben im vierten Quartal betragen für Krankenunterstützung 25 778,45 M., für Reiseunterstützung 6110,59 M., für Streikende und Gemahregel rund 2700 M. — Der Verband der Tapezierer zählte am Schlusse des vierten Quartals 7844 Mitglieder. Für Arbeitslosenunterstützung wurden im vierten Quartal 23 588,09 M. verausgabt. Der Vermögensbestand des Verbandes betrug 115 487,15 M.

Zur Lohnbewegung in der Textilindustrie.

Die Textilarbeiter in München-Gladbach haben in verschiedenen Betrieben Lohnforderungen gestellt. So bei der Firma Emil Brandis, bei der Firma Wanders u. Hoffmann und bei der Firma Weibe u. Herz.

Bei der Firma Dormann u. Thoma ist inzwischen eine Verhandlung erzielt worden. — Die Forderungen der übrigen Firmen stehen noch aus.

Die Aktiendeckerei Schmach u. Co., Grafath bei Arelsd., sperre ihre sämtlichen Weber und Weberinnen und einen Teil der Spinnarbeitern, circa 300 an der Zahl, aus. Die Aussperrung war die Antwort darauf, daß 50 Weber der Teppich-Verande die Kündigung wegen Ablehnung einer 25- bis 30prozentigen Lohnreduktion einreichten. Die Firma verfuhr bereits mit vierzig Male innerhalb Jahresfrist, eine Lohnreduktion durchzuführen. — Die Beschlüsse sind ziemlich vollständig organisiert, teils im Deutschen Verband, teils im örtlichen. Die Firma stellt sich auf den Herrenhandpunkt und lehnt jede Verhandlung mit den Verbänden ab.

Die Baumwollspinnerei Otto Wilsch in Rheidt (Rheinland) hat ihren circa 600 bis 650 Arbeitern eine 5 bis 10prozentige Lohnreduktion angekündigt. Es scheint, als wolle die Firma noch kurz vor Beendigung der Reise einen Versuch unternehmen, um die neuen Aufträge nach den gestiegenen Löhnen herstellen zu lassen.

Schlichtungskommissionen

Für Lohn- und Streitigkeiten nach seinem Sinne und zur Wahrung seiner Interessen suchte der Metallindustrie-Verband in Bayern einzuführen. Die Kommissionen sollten durch Schiedspruch alle auftretenden Streitigkeiten schlichten. Die organisierten Metallarbeiter verwerfen die Einsetzung solcher Kommissionen nicht prinzipiell, nur verlangen sie die Wahrung der Parität mit den Unternehmern, auch soweit der Vorbehalt der Kommission in Frage kommt. Die Unternehmer stellen sich die Sache etwas anders vor, und hatten auch noch die Möglichkeit, zu verlangen, ihre Verbände sollten als gleichberechtigte Organisation vom Metallarbeiterverband anerkannt werden. Da davon in absehbarer keine Rede sein kann, schiedten die Metallarbeiter ihre Unternehmung mit den Gelehen heim, aber wie es im offiziellen Stil heißt: die Verhandlungen setzen sich.

Behördliche Nachprüfung der Berliner Arbeitslosen-Zählung

Verlangt die Konföderative Korrespondenz. Sie nennt die von der Berliner Arbeiterschaft veranstaltete Arbeitslosen-Zählung einen „tendenziösen Humbug ägypter Sorte“. Und sie fährt fort: „Man könnte nur wünschen, daß eine behördliche Nachprüfung der Hauslisten ins Werk gesetzt werden möchte. In Halle sei bereits einmal eine behördliche Nachprüfung der Arbeitslosen-Zählung vorgenommen und dabei großer Schwund aufgedeckt worden. Es würde also im Interesse der Sache liegen, wenn wenigstens stichprobenweise auch in Berlin eine solche amtliche Kontrolle erfolgte.“

Die Berliner Gewerkschaften und die Partei, die die Verantwortung für die Richtigkeit der Arbeitslosen-Zählung tragen, hätten eine solche amtliche Kontrolle sicher nicht zu fürchten. Vorausgesetzt, daß sie nicht nach einem ähnlichen famosen System vorgenommen würde, nach dem die Berliner Stadtverwaltung ihre Arbeitslosen-Zählung statfinden ließ. Wädhinn ist es natürlich, wenn die Konföderative Korrespondenz den Tausenden von arbeitslosen Frauen und Mädchen den Rat gibt, die Berliner „Dienstbotennot“ zu vermindern. Das könnte den „gütigen Frauen“ gerade passen, daß ihnen die wirtschaftliche Not billige Hausflaven in die Hände triebe.

Ausland.

Von der Eisenbahnerbewegung in Frankreich.

Aus Paris schreibt man uns: P. C. Die bürgerlichen Kapitalistenblätter sind in einem heilen Aufbruch. „Die Verbände gegen den Staat“, schreibt der Temps, „eine der gefährlichsten Agitationen“, so leitet das Journal des Debats seinen Bericht ein über einen Kongreß, den die Verbände der Eisenbahner der nördlichen Departements in Lille abhielten. Auf diesem Kongreß wurde vor allem die Durchführung des Personengesetzes für die Eisenbahner verhandelt. In endlosen Beratungen wird die Durchführung der vorliegenden Entwürfe immer und immer wieder verschleppt. Der Verband selbst hat einen Entwurf vorgelegt, der jedem Beamten und Arbeiter der Eisenbahnen im fünfzigsten Lebensjahr eine Pension zuspricht nach 25jährigem Dienst. Nach einer lebhaften Debatte, in der auch der Achtundzestag verhandelt wurde, kam eine Resolution zur Annahme, in der es heißt: „Die Eisenbahnarbeiter, die sich am 14. Februar in Lille versammelt haben, nehmen Notiz von den Erklärungen, die Herr Barthou, Minister der öffentlichen Arbeiten, im Einverständnis mit Herrn Tailleur, Finanzminister, im vergangenen Monat im Senat machte und betonen aufs neue, daß nur die Annahme des von den Verbänden eingereichten Entwurfs, dessen Prinzip jetzt von der Regierung gutgeheißen wurde, den Eisenbahnen Vergünstigung geben kann. Sie laden den Nationalverband ein, die Frage zum letzten Male auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses im April zu stellen, um zu prüfen, was geschehen soll, wenn der Senat noch keine Entscheidung getroffen haben sollte zur Durchführung des Beschlusses des Kongresses vom Jahre 1907, der dahin geht, daß der Verband mit den Verbänden zur Durchführung der Projekte auf gesetzlichem Wege beschließen und von nun an nur noch auf die gewerkschaftliche Aktion in allen Formen zählen soll.“ Die Worte „in allen Formen“ wirken auf die bürgerliche Presse wie eine Bombe, denn in der Debatte war vom Generalstreik die Rede. — Auch unter den Arbeitern der Eisenbahnen herrscht eine lebhaftere Bewegung: in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung in Bordeaux wurde ebenfalls das Prinzip des Streiks gutgeheißen.

Parteiangelegenheiten.

Ein ungewöhnliches Urteil.

Zu 50 M. Geldstrafe wurde Genosse Ostamp von der Offener Arbeiterzeitung verurteilt, weil er durch die Wendungen: „Man sollte doch nicht gleich so schroff den Geldhaismann hervorkehren“ und „Mensch ist Mensch, und leben lassen soll man seine Mitmenschen auch“ einen Arzt beleidigt haben sollte.

Der Arzt hatte einer Rechnung von 61 M. einen gedruckten Zettel beigelegt, wonach, wenn nicht binnen 14 Tagen Zahlung erfolge, die Eintreibung dem Bevollmächtigten des Vereins überwiehen würde. — Durch ein junges Mädchen, welches einem Arbeiter während der Krankheit seiner Frau den Haushalt führte, landte dieser 20 M. und ließ den Arzt bitten, sich mit monatlichen Abschlagszahlungen von 20 M. einverstanden zu erklären. Der Arzt tat dies ausdrücklich und sandte dann doch nach drei Wochen eine schroffe Aufforderung zur sofortigen Zahlung unter Androhung gerichtlicher Schritte. Diesen Sachverhalt hatte die Arbeiterzeitung mitgeteilt und obige Wendungen daran geknüpft. — Im Termin befandete das Mädchen klar und bestimmt die Abmachung mit dem Arzt. Dieser dagegen bestritt eine solche Abmachung und meinte, das Mädchen müsse ihn misverstanden haben.

Trotzdem kam das Gericht zur Verurteilung und verurteilte dem Angeklagten den Schutz des § 193.

Reichsverbandschwindel.

Unter dem Titel: „Die Sozialdemokratie als Arbeitgeberin“ läuft seit einigen Tagen eine gefällige Netiz durch die bürgerliche Presse, in der behauptet wird, daß in den Betrieben der Hamburger Tabakarbeitergenossenschaft, die Genosse v. Elm leitet, Vorschriften eingeführt sind, die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei früheren Gelegenheiten bekämpft wurden. — In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Die Genossenschaft hat eine Filiale in Frankenberg in Sachsen. Nach der Arbeitsordnung dieser Filiale sind die Arbeiter gehalten, für durch ihr Verschulden abhanden gekommene, zerstörte oder beschädigte Gegenstände Ersatz zu leisten. Täglichkeiten ziehen unter allen Umständen die sofortige Entlassung nach sich.

Diese Bestimmungen sind auf Wunsch des Arbeiterausschusses eingeführt worden. Angewendet wurden sie ein einziges Mal, und zwar gegen einen Anarchisten, der seine Arbeitskollegen mit dem Messer behandeln wollte.

Daß die Betriebe keine „Judithausbetriebe“ sind, geht wohl am besten schon daraus hervor, daß sie höhere Löhne zahlen, als sie in privaten Betrieben sonst üblich sind.

Die Hebe gegen einen sozialdemokratischen Bürgermeister.

Das Dorf Springen bei Pörschheim hat seit Jahren einen sozialdemokratischen Bürgermeister, den der Ort seine politischen Gegner natürlich unablässig verfolgte.

Infolge Denunziation des Reichsrichters, der vom alten Regiment mit übernommen wurde, kam der Bürgermeister im vergangenen Sommer wegen falscher Verurteilung vor Gericht. Er hatte einige belanglose, bürokratische Unterlassungsbefehle ersonnen, die tausend und aber tausendmal in den landesherrlichen Gemeindevorstellungen vorkommen. Das Gericht sprach eine Verurteilung aus, das Urteil wurde im Gnadenwege aufgehoben. Der Reichsrat (Kollektivbehörde des Reichsamt) ließ aber keine Ruhe, er beschloß, den sozialdemokratischen Bürgermeister des Amtes zu entheben. Ein solcher Beschluß kann in Baden vor dem Verwaltungsgericht angefochten werden, und der Verwaltungsgerichtshof 1-6 die an den Parteien herbeigezogenen Gründe nicht gelten und sprach aus: Die Entsetzung des Bürgermeisters von Springen ist unbegründet. Es dauerte sehr lange, bis dieses Urteil ausgefertigt war, und so lange blieb der Bürgermeister suspendiert. Heute übernimmt er nun sein Amt wieder. In der Gemeinde selbst stehen nun Scherz der Einwohner auf der Seite des sozialdemokratischen Bürgermeisters.

Eine sozialdemokratische Gemeindevertreterkonferenz

Für den Regierungsbezirk Verden fand am 21. Februar im Volkspark zu Halle statt. Die Konferenz war von 157 Landgemeindevertretern aus 98 Landgemeinden und 14 Stadterordneten aus 7 Stadtgemeinden besucht. Nach einem Referat des Genossen Stadterordneten Richard-Charlottenburg entspann sich eine lebhafte Debatte, die bis zum Abend dauerte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Es wurden nur zahllose Mißstände erörtert, die auf den Gebieten der Gemeindeverwaltung, des Schulwesens usw. bestehen.

Die Krise in der holländischen Sozialdemokratie

hat auf dem außerordentlichen Parteitag in Deventer bekanntlich eine gewalttätige Lösung gefunden. Der Parteitag hat mit großer Mehrheit beschlossen, daß das Blatt Tribune, das Anlaß zu ununterbrochenen Parteistreitigkeiten bot, eingezogen und an dessen Stelle unter der Redaktion der Marxisten Henriette Roland-Holst und W. B. van der Stoep ein neues Wochenblatt begründet werden soll. Falls die Redakteure der Tribune sich weigern, das Blatt eingezogen zu lassen, sollen sie aus der Partei ausgeschlossen werden. Hauptredakteure der Tribune sind die Genossen Dr. Gorter und Dr. van der Stoep. Die nun aus Amsterdam berichtet wird, sind die bisherigen Redakteure der Tribune entschlossen, dem Parteitagbeschlusse keine Folge zu leisten, sondern das Blatt weiterzuführen und eine neue sozialistische Partei „streng marxistischer Richtung“ zu gründen.

Neues aus aller Welt.

Schwasser und Schaefer.

Berlin, 22. Februar. Gestern Abend hat das Stützkomitee für die durch das Hochwasser Betroffenen eine Anzahl leitender Persönlichkeiten geladen. Es wurde ein Präsidium gewählt, an dessen Spitze der Minister v. Nolde steht. Die Oberpräsidenten sämtlicher Provinzen sind dem Komitee beigetreten. Sämtliche Volkswahlen nehmen Spenden entgegen. Die Großbanken haben 50 000 M. gegeben.

Magdeburg, 22. Februar. Ueber den heutigen Stand des Hochwassers wird berichtet: Trotz angelegentlichster Arbeit konnten die Eisbrechdampfer der Elbstrombauverwaltung in den letzten Tagen nur sehr geringe Strecken vorbringen. Gestern legten sie nur 6 Kilometer zurück, so daß sie nur bis Kilometer 430 bei Werben kamen.

Magdeburg, 23. Februar. In der Elbmündung ist durch das Hochwasser nach vorläufiger Schätzung ein Schaden von 9 Millionen Mark angerichtet worden.

Stendal, 22. Februar. Aus Seehausen wird heute gemeldet: Der Mangel ist gestern oberhalb der Stadt von den Fluten durchbrochen worden. Wanger und Trueden sind überschwemmt. Pioniere sind dorthin abgegangen, um das Weich zu retten. Der Wasserstand ist noch derselbe wie am Sonnabend. Die Pioniere werden noch 14 Tage zu tun haben.

Hamburg, 22. Februar. Oberberthel seit gestern wieder Rebel auf der Elbe. Der von Amsterdam eintreffende Dampfer Genes Horn kollidierte bei Hosenland mit dem nach Südamerika fahrenden Dampfer Salamanca, der leicht beschädigt wurde, während der

Die große Säuglingssterblichkeit in Arbeiterkreisen.

In Deutschland ist nach wie vor nächst Rußland die größte Säuglingssterblichkeit zu finden, das beweist folgende Statistik:

Table with 2 columns: Land (Germany, Austria, Hungary, Finland, Italy, Switzerland, France, Russia, Belgium, Netherlands, Denmark, Sweden, Norway, England, United States) and Proz. der Lebendgeborenen (20.7, 20.6, 20.6, 14.4, 14.6, 13.7, 14.2, 36.4, 14.2, 14.9, 13.4, 10.3, 9.3, 15.1, 9.7).

Die Ursachen dieser hohen Säuglingssterblichkeit sind so mannigfaltig, dass sie in der Not ausgedehnten Massen.

In vielen Tausenden von Fällen ist die Krankheit, die Säuglingssterblichkeit und Lebensunfähigkeit des Säuglings zurückzuführen auf die Gesundheitschädigung, die der mütterliche Organismus im Produktionsprozess erfährt. Im Jahre 1899 ergab die Zahl der verheirateten Frauen, die dauernd in Fabriken arbeiteten, 229 334 — heute ist ihre Zahl bei weitem größer. Dazu die vielen Tausende von Frauen, die in Ziegeleien, auf Bauern, in Bergwerken, bei schwerer Landarbeit und in der Heimindustrie fronden. Die Not zwingt die Frauen auf zur Mitarbeit; die Not läßt sie Arbeiten verrichten, die besonders dem weiblichen Organismus schädlich sind, wie dauerndes Maschinenbetriebe, das Tragen schwerer Lasten, das Bearbeiten von Laub, von Blei, Quecksilber, Äther, Schwefelkohlenstoff und anderen giftigen Stoffen, Arbeiten in staub- und dunnigefüllten Räumen usw. Die zwingt sie zu langanhaltender Arbeit, wodurch auch die leichtesten Arbeiten gesundheitschädlich wirken und der mütterliche Organismus unerschöpflich wird, gesunde Kinder das Leben geben können. Die Not treibt sie ferner, bis kurz vor der Entbindung zu schaffen und verläßt sie nach erfolgter Geburt zur zu frühen Wiederaufnahme der Erwerbsarbeit. Alle diese Gesundheitschädigungen werden noch verschärft durch die doppelte Arbeitslast der Haus- und Erwerbsarbeit, auf den Schultern verheirateter Frauen liegt, durch die Vermehrung — eine Folge des geringen Einkommens der Arbeiterfamilien sowie der hohen Lebensmittelpreise — durch den unzureichenden Wohnverhältnisse, bedingt durch den Grundbesitzmangel. Und um so unheilvoller wirken diese Einflüsse, weil die Arbeiterfrau in die Ehe nur zu oft einen geschwächten, vielfach schon einen kranken Körper mitbringt, weil sie als junges Mädchen und als Kind all die gesundheitsschädigenden Einflüsse bei der Erwerbsarbeit ausgesetzt war. Wie ist es denkbar, daß ein solches, krankes, geschwächtes Körper einem gesunden, lebenden Kinde das Leben geben kann!

In entprechender Variation gilt hier das bekannte Wort von den Sünden der Eltern, die heimgeführt werden an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied. Nur ist hier die Sünde, die der Kapitalismus verübt an den Kindern des Volkes, die an seinen Kindern heimgeführt werden. Ueber diese Sünde, über dieses Verbrechen, das alljährlich auf neue der Kapitalismus an den Müttern und an den Kindern des Volkes verübt, berichten kürzlich treffender Weise die bairische Fabrikinspektorin Dr. Marie am, indem sie schrieb: „In den arbeitenden Bevölkerungsteilen Deutschlands ist die schwangere Frau genötigt, bis zum letzten Tage vor der Entbindung hart zu arbeiten; sei im eigenen Haushalt, sei es in der Berufstätigkeit. Das müde, eifriges Sehen am Webstuhl, am Waschschiff, mit wollebenen Weinen und Krampfadern an den Füßen, ohne etwas Ausruhen als mühsames, verholenes Niederknien auf harten Böden und Kisten. Es bedeutet schwere Arbeit oder rassistes Treten der Nähmaschine mit dem Fuß. Es bedeutet im besten Falle Befolgung der eigenen Pflicht und der Kinder. Wer öfters Gelegenheit hat, hochschwangeren Frauen bei der Erwerbstätigkeit zuzusehen, wird, daß hier eine Quelle schwerer körperlicher und seelischer Leiden vorliegt.“ Und nicht viel besser geht es der Arbeiterin, die nicht erwerbstätig ist, aber schon eine Weile in den Fabriken ihre eigenen nennt, die eine Arbeitslast auf den Schultern hat, die für mehrere Personen vollkommen reichen würde. Statt Körperpflege, Bewegung in frischer, sauerstoffreicher Luft und entsprechender kräftiger Nahrung ist Ueberanstrengung im engen, dampfenden Seim, inmitten einer Schwärme von Kindern, die gepflegt und genährt sein wollen, dazu die Sorge um das Nötigste, und knappe, unzureichende Nahrung.

So geht es den Schwangeren. Der Wöchnerin ist es nicht besser. Da mangelt es an Pflegepersonal und Legematerial. Selten steht in Arbeiterfamilien ein besonderer Raum für die Wöchnerin zur Verfügung; oft genügt es an der nötigen Wärme und vor allem an Geld zur Lage. Der Mangel an Hilfskräften zur Versorgung der Wöchnerin und der Kinder treibt die Wöchnerin nach einigen Tagen aus dem Bett, obgleich just die Arbeiterfrau und die Wöchnerin mit ihrem ermüdeten, überbürdeten, schlecht gehalten Körper weit länger zur Erholung braucht als die eine der herrschenden Kreise. Diese fortgesetzte Schwächung und Gesundheitschädigung des Organismus der Arbeiterfrau führt sie nicht nur unfähig, gesunde Kinder zu gebären, sie macht sie auch unfähig, sie nähren zu können. Dort aber, wo die natürliche Möglichkeit, dem Kinde die Mutterbrust reichen können, noch vorhanden ist, mangelt es an der Zeit dazu, die Not die junge Mutter wieder erneut in die Erwerbsarbeit treibt. Im letzteren Falle wird dem Säugling nicht

die natürliche Nahrung, die Mutterbrust, entzogen, sondern es mangelt ihm auch an Pflege und Sorgfalt, die bei der künstlichen Ernährung doppelt vorhanden ist. Es mangelt ihm an Pflege, weil es der Mutter an Zeit und oft genug an Kenntnissen über die Säuglingspflege fehlt. Wer lehrte denn das junge Mädchen, die junge Mutter, wie sie mit der jungen Wöchnerin, dem Säugling, umzugehen hat? Im besten Falle die eigene Mutter oder — eine mitleidige Nachbarin.

In der Folge rafft der Bürgerkrieg in Arbeiterfamilien alljährlich viel Tausende ihrer Neulinge hinweg. Unterdessen trägt die Mutter alsbald ihr Kind zu Grabe, nachdem sie es kaum zur Welt gebracht. Noch fürchterlicher als der Arbeitertrug geht es der ledigen Wöchnerin, der es an einem Seim, einem Obdach fehlt, die mit Grauen an ihre schwere Stunde denkt, die mit Sorgen und Verzweiflung daran denkt, wo sie ihr Kind unterbringen, wie sie Nahrung und Kleidung für dasselbe beschaffen soll.

Die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge ist infolge der noch ungünstigeren Verhältnisse, unter denen sie geboren werden und leben müssen, denn auch noch größer als die der ehelichen. Die Kinder der Armen, der Unbemittelten sowie der unehelichen Mütter füllen die Friedhöfe. Dieses Massensterben der Säuglinge ist eine schwere Anklage gegen unsere Gesellschaftsordnung, in der in solch unverantwortlicher Weise Menschenleben und Gesundheit zerstört wird, in der die Produktion von Hüten und Stiefeln höher bewertet wird als die Produktion von Menschen. Eine ungeheure Verschwendung nationaler Reichtümer bedeutet zudem diese Massengräber neugeborener Kinder. Denn der größte Reichtum eines Volkes ist seine verfügbare Arbeitskraft, seine Leistungsfähigkeit im Produktionsprozess. Die Gesellschaft hat deshalb im Interesse der Gesamtheit, vor allem aber im Interesse der Arbeiterfrauen und Mädchen sowie im Interesse der Säuglinge, die Pflicht, für durchgreifenden Mutter- und Säuglingschutz zu sorgen.

Verfammlungen.

Dresden-Mittstadt. (Bezirksverfammlungen vom 12. Februar.) Die Mitglieder des 1. und 5. Bezirgs hielten ihre Bezirksverfammlungen in den Reichshallen ab. Genosse Stadtverordneter Wink gab einleitend einen Bericht über die Tätigkeit unserer Genossen im Stadtverordnetenparlament. Der lebhafte Beifall zeigte, daß die Genossen mit seinen Ausführungen einverstanden waren. Zum Schluß betonte er, daß, da dieses Jahr das erste Mal in dem Arbeiterkampfprogramm von allen in das neue Wahlgesetz gewählt wurde, es gilt, zu agitieren. — Zum Abschlußbericht entspann sich eine lebhafte Debatte. Bezüglich der Donnerstag den 25. Februar stattfindenden Bezirksfaktorenkonferenz wünscht Genosse Richter, daß sich alle Bezirksfaktoren sowie deren Stellvertreter beteiligen. Genosse Rönisch regt an, dafür zu agitieren, daß die ausführende Jugend nicht den patriotischen Turnvereinen angeschlossen wird. Es müsse Pflicht aller Arbeiterkinder sein, ihre Kinder von diesen Turnvereinen fernzuhalten und sie der freien Turnerschaft zuzuführen. Genosse Richter betont die Notwendigkeit, die ausführende Jugend im Kaufmannsstande auf den Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfen zu werben. Zu diesen Anregungen entspann sich eine lebhafte Debatte. Inzwischen waren 120 Genossen.

Ueber die Tätigkeit des Dresdener Stadtparlamentes sprach im 2. und 3. Bezirk Genosse Stadtverordneter Pfeißner vor circa 150 Personen. Reicher Beifall lohnte ihn am Schluß seines vorläufigen Berichtes. Den Zeitungsbereich gab Genosse Wanne, Genosse Kraut den Bericht des Vorstandes. Danach soll für den 26. Februar eine Bezirksfaktoren- und Stellvertreterverfammlungen und Freitag den 5. März eine Revisionskonferenz stattfinden in den Reichshallen stattfinden. Weiter wurde bekannt gegeben, daß die Frauen einen Wahlverbotvertrag für Schülern wünschen. Derselbe findet Mittwoch den 24. Februar, nachmittags 1/2 Uhr, im Volkshaus statt. Karten à 10 Pf. sind von allen Bezirksfaktoren zu entnehmen. In das Komitee wurden vom Vorstand die Genossen Thiele, Hansmann und Kraut delegiert. In der Debatte fragte Genosse Richter an, warum wegen der Polizeibestrafungen anlässlich der Wahlrechtsdemonstration keine Bezirksverfammlungen einberufen worden sind.

Die Bezirksverfammlungen der Bezirke 4 und 6, in der Stadtverordneter Krüger sprach, war schwach besucht. In der Debatte sprach ein Genosse. (Eing. vom 15./2. bis 18./2.) Oberstadt bei Dippoldisdorf. Sonntag den 14. Februar fand im heiligen Hofe eine Bezirksverfammlungen statt, in der Genosse Klein sprach über: Das Landvolkswahlrecht und das Volk. Ausgehend von dem im Jahre 1896 verfaßten Wahlrechtentwurf gab der Redner in treffenden Worten einen Überblick auf die Kämpfe des schicksalhaften Volkes um eine den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung entsprechende Verfassung. Reicher Beifall folgte dem Vortrag. In der folgenden Debatte meldete sich noch ausgedehnter unbedenklicher Redefreiheit kein Gegner zum Wort. (Eing. 20./2.)

Altschönau. Am Dienstag den 16. Februar fand in der Goldenen Krone, Altschönau, eine öffentliche Volksverfammlungen statt, die lange vor Beginn abgebrochen wurde. Anwesend waren gegen 1000 Personen. Genosse Stein-Verkin referierte über: Das Kaiser der Welt. Der großartige naturwissenschaftliche Vortrag wurde mit Aufmerksamkeit angehört. Pastor Drexler-Schönau nahm in der Debatte das Wort zur Widerlegung, die aber sehr daneben gelang. Es waren noch mehrere Geistliche anwesend, die sich aber nicht an der Debatte beteiligten. (Eing. 20./2.)

Genossenschaftsliste Dresden. In der am 17. Februar im Volkshaus stattgefundenen Verfammlungen wurde zunächst der Beschluß des Rates und der Stadtverordneten wegen Vornahme einer Arbeitslosenliste bekannt gegeben. Das Komitee hatte in einer Eingabe am 8. Dezember 1908 den Rat ersucht, Ende Januar oder Anfang Februar eine Arbeitslosenliste vorzunehmen und dabei die Methode der direkten Befragung anzuwenden. In einer Vorprache beim Stadtrat Dr. Dehne wurde nochmals darauf hingewiesen, daß, wenn die Zahlung nach der Methode der Selbstmeldung vorgenommen werden sollte, der Umfang der Arbeitslosigkeit nicht erschöpfend festgestellt werden könnte. Die beste Methode wäre die Abgabe von Zahlkarten oder Listen in den Wohnungen. Unter dem 30. Januar hat dann der Rat mitgeteilt, daß im Februar eine Arbeitslosenliste auf Grund der Selbstmeldung veranfaßt werden soll. Unseren abgegebenen Erklärungen und vorgebrachten Wünschen über die Art der Zahlung hat der Rat nicht stattgegeben. Wir müssen uns nun mit dieser Listendeckung abfinden und dafür Sorge tragen, daß sich möglichst viel Arbeitslose melden. Auch dürfte es sich empfehlen, daß die Genossenschaften an dem Tage der Zahlung teilnehmen, wieviel Organisierte arbeitslos sind. Durch die Maßnahmen, die das Genossenschaftskomitee und auch unsere Vertreter im Stadtverordnetenkollegium getroffen haben, ist zunächst erreicht worden, daß sich die städtischen Behörden mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen. So die sozialpolitische Einsicht bis zur praktischen Lösung der Frage anhalten wird, wird abzuwarten sein. Die Ver-

fammlungen erklärt sich mit den Beschlüssen des Vorstandes einverstanden, insbesondere auch damit, daß von unseren Anwesenden, zur Zahlung Helfer zu stellen, Gebrauch gemacht wird. — Hierauf bezieht der Vertreter der Handlungsgehilfen, Genosse Richter, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten der Versicherungsgesellschaft Victoria. In Berlin sind deswegen Differenzen entstanden. Auf ein Schreiben, in dem um Beilegung der Differenzen ersucht wurde, ist die Antwort erteilt worden, daß die Direktion die Einmischung der Reichsregierung nicht zulassen könne, jedoch Anträge, die die Angestellten direkt stellen, entgegennehmen würde. Die Direktion vertritt damit den reinen Unternehmerstandpunkt und wolle nur eine Handhabe zu Nachregelungen haben. Die Bureauangestellten beziehen Gehälter von 450, 500 und 600 M. pro Jahr, während der Direktor einen Gehalt von 800 000 M. hat. Neben appelliert an das Solidaritätsgefühl der Arbeiterschaft. Genosse Bauer erklärt, daß es unsere Pflicht sei, die Unterstützung zu gewähren. Insbesondere empfehle er, die Versicherungsagenten zu befragen, ob sie organisiert sind. Genosse Richter, der ebenfalls für die Angestellten eintritt, wünscht, daß von den maßgebenden Organisationen die Frage geregelt wird, welcher Organisation die Versicherungsagenten angehören haben. Die Verfammlungen nahmen einstimmig nachstehende Resolution an:

Die heute versammelten Vertreter der freien Gewerkschaften Dresdens nehmen Kenntnis von dem zwischen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -gehilfen Deutschlands und der Versicherungsgesellschaft Victoria zu Berlin ausgebrochenen Konflikt. Sie betonen den um die Verbesserung ihrer Lage und Anerkennung des Koalitionsrechts kämpfenden Angestellten ihre Sympathie. Sie erwidern sich für verpflichtet, die Handlungsgehilfen gegen den Übermut der Victoria zu unterstützen, die Arbeiter auf das gewerkschaftsfeindliche Verhalten der Victoria aufmerksam zu machen.

In das Komitee werden die Genossen Hahn, Kischhoff, Richter, Pichmann, Sauer und Gehald gewählt. — Zur Vorbereitung der Wahlen für den Rat der Partei wird eine Kommission gewählt, die aus folgenden Genossen besteht: Hahn, Kischhoff, Spranger, Thiele und Wende. — Der Vorstand des 5. Bezirkes hatte darüber Bescheid gegeben, daß von verschiedenen Genossenschaften die Abmachungen, die mit der Partei getroffen sind, wonach die Gewerkschaften die Tage vom Montag bis Donnerstag und die Partei die Tage vom Freitag bis mit Sonntag zu Verfammlungen benutzen sollen, nicht immer gehalten werden. Der Rat der Partei hat festgestellt, daß es sich nur um Ausnahmen gehandelt hat und empfiehlt, daß die Abmachungen beachtet werden. In der Diskussion wurde betont, daß die Partei im 5. und 6. Bezirk auch nicht nach den Abmachungen richte. Verschiedenen Genossenschaftsgruppen wäre es gar nicht möglich, die Bezirksverfammlungen im 6. Bezirk, die Dienstag stattfinden, besuchen zu können. Genosse Richter erklärt, daß sich die Abmachungen nur auf größere Verfammlungen bezögen. Genosse Klein hebt demgegenüber hervor, daß dann die Abmachungen keinen Zweck hätten und es notwendig wäre, wenn sich die maßgebenden Instanzen nochmals damit befaßten. — Weiter wird bekannt gegeben, daß seitens des Parteivorstandes und der Generalkommission eine Ausforderung eingegangen ist, die Tabakarbeiter in ihrem Kampfe gegen die Verfammlungen des Tabaks zu unterstützen. Insbesondere sollen die Konsumrenten beantragt werden, gegen eine höhere Besteuerung Protest zu erheben. Zur Vorbereitung dieser Protestbewegung werden Verfammlungen stattfinden. Es sei Pflicht der Gewerkschaften, für zahlreicheren Besuch zu sorgen und ebenso für zahlreichere Unterschriften der noch ausstehenden Petitionen. — Darauf wurde der Bescheid, der gedruckt vorlag, gegeben. Dieser schließt in der Einleitung und Ausgabe mit 99 688,54 M. ab. — Weiter wurde bekannt gegeben, daß der Vorstand in Ausführung des Beschlusses des Rates betreffs des Volkshausfonds Quittungsmarken hat anfertigen lassen, die im Bureau zu entnehmen sind. Die Vertreter der Gewerkschaften wurden ersucht, die Entnahme und den Vertrieb baldigst bewirken zu wollen, damit der Volkshausfonds, zu dem sich die Gewerkschaften verpflichtet haben, in möglichst kurzer die festgesetzte Höhe erreicht. — Der Vertreter der Handlungsgehilfen ersucht noch darum, bei den Vereinbarungen, die mit den Sozialdemokraten betreffs Verfammlungen und Vergünstigungen getroffen werden, das Bestreben zu stellen, bei diesen Veranstaltungen nur organisierte Gewerkschaften zu beschäftigen. (Schluß der von 88 Delegierten besuchten Verfammlungen 1/21 Uhr. (Eing. 22./2.)

Briefkasten.

M. S. Sorwitzerstraße. Der Vater des Kindes hat Klament zu zahlen. Ich nicht zu erhalten, muß die Armenbehörde einschreiben. (B. G. 100, 1. Wenn wir uns recht erinnern, hat das Reichsversicherungsamt wiederholt in diesem Sinne entschieden. 2. Ja.) R. D. Am besten ist, Sie sprechen einmal mit dem Rat darüber. Eine Ausnahme in die städtische Fortbildungsschule dürfte noch möglich sein. R. H. 100. Bei 25 000 M. beträgt die Steuer 12,50 M. Für übrigen müssen Sie sich das Gesetz selbst ansehen; Fragen solcher Art können wir hier nicht beantworten. — Die Sparrasse ist nicht verpflichtend, solche Rückstände zu geben.

22. Mitteilung. Für die Warmflubs gingen beim Gewerkschaftskomitee bis 20. Februar ein: Bezirk Wilsdorf-Trachenberg, Familienabend, Langtour und veranlagter Gewinn 20,03. Hausangestellten-Tour Müggeln-Verdenau durch Schier 1,50. Hausangestellten-Tour, Heiligau 2. Baumgarten 1. Buchdrucker von W. u. R. Hoyer 4,65. Konsumklub 1,50. Wandbarmonialklub Wildersdorf, Niedersorbisch 4,20. Transportarbeiterverband 100. Bureau des Transportarbeiterverbandes 2. Otto Jänichen 1,50. Holzarbeiter-Gesellschaft 1. Seilmann 3. Troz 7 fündiger Arbeiter von den Arbeitern der Gasmotorenfabrik Woch Dille, Chemnitz Straße 65,80. 93 Arbeiter der Firma Wutzig 28. Klempner Ramm 1. Personal der Firma Wüter u. Reich 87,40. Maler-Vereinigung, Langtour 15,15. Verband der Langtourer 20. Vereinigte Sänger Dresden-9. 15. Vereinigte Sänger Langtour 8,50. Mitglieder der Metallarbeiter-Kassenkasse Dresden-9. 6. Kurhard 1,30. Bürgerkomitee, Wolf 1. Birne Gabel 2. E. S. 0,50. Schiffsgehilfe der Glasmacher 2. Vereinigte freie Turner, Schönewitz und Ullig 20. Familienabend der Buchbinder 12. Gelangverein Freidau, Poltschappel, Langtour 2,70. Durch Gabel 1,50. M. H. 5. Gemischte Turner von Gittere 8. Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schirmitz und Vogel 2. Platz 36,15. Tabakarbeiter in Danzig 7,20. Gelangverein Gumbinnus 7,30. Stammtisch Nachschürmer, Galtzow, Wilsdorf, Langtour 3,40. Arbeiterpersonal der Schuhfabrik Treidmann u. Schöne 13,65. Umbau Wunderlich, Calerstraße durch Schürer 4,90. Steinbrucharbeiter der Firma Vonderhoff und Widmann 5,40. Krebs, Dresden-9. 3. Arbeiter der Gasanstalt Reußardt 28. Athletenklub Dettler, Langtour 8. Ingeborg 572,03 Pfund. Ernst Linnide.

Neu! Victoria-Salon. Neu! Fünf Bronce-Statuen; Bordini in der Yonne; The Ossama; The zwei Tolosados; Humorist Brand; Fraiso Allen-Circus u. a. m. Anfang 8 Uhr. Sonntags zwei Vorstellungen: 4 Uhr u. 8 Uhr. Im Tunnel-Kabarett: Anfang 8, Schluss 10 Uhr. Eintritt frei.

Erich Hebebrint

Roman von Hils Straben

Erich sitzt da in einer Hochstuhlschäre, laßt auf dem Tisch vor ihm liegt ein Sandstein, rechts hinter ihm eine Porzellan-Flasche mit einem roten, zwei Drittel voll gefüllten Wein. Er ist ein Mann von etwa vierzig Jahren, hat ein ernstes, fast trübseliges Gesicht. Er trägt ein dunkles, schickes Jackett, das er über einem hellen Hemd trägt. Seine Hände ruhen auf dem Tisch, die Finger sind schlank und gut geformt. Er blickt nachdenklich in die Ferne, als wäre er mit sich selbst im Gespräch. Die Umgebung ist spärlich eingerichtet, nur ein paar Bücher sind auf einem Regal zu sehen. Das Licht ist gedämpft, was die Stimmung des Romans unterstreicht.

„Wann ich zu dem Altes gehe, mit ein paar einjährigem Freundlichkeit kommen, an welcher Stelle? Das Spielchen ummaße, die Gesundheit herbeiführen — ja, dann würde diese Entfremdung plötzlich aufhören, dann hätte er wieder Vertrauen zu mir, dann könnte er sich wieder öffnen. Aber das geht in sich, das ist es unmöglich. Das kann doch Antonio nicht verlangen, seine Demütigung, seinen Schicksal, wenn er unter dem Namen der Liebe über mich zu kommen möchte? Wenn ich nur auf der Erde über ein Dornfeld eine Seele müde, die mir Wahrheit gibt und einen Weg zeigt.“

„Der Hebebrint, wie es lautet!“ Klara tief es mit bebender Stimme, aus der schlafende antwortend, schließlich zum Schreien. Sie hielt eine Handtasche in der Hand, die sie verpackt hat und ihre schlafende Augen befeuchtete.

„Wie Erich eine Antwort geben konnte, fand ein Mann mit abgegrabenem Gut im Umgang des Schattens und ließ dort schlafend liegen, langsam haben, kann das die Wahrheit der zu der Tode abgelebten Weltstunde gewesen.“

„Erich drehte sich auf dem hohen Stuhl herum. „Alte.“ Aber der Antwort warde sich nicht. Das machte Erich betroffen. Er hat ihn ein, das es laut ist, nach dem Alter, und das hätte ihn nicht. Er wanderte sich selbst, wie nach und nach große, kleine Schritte. Er war aufgebracht, und seine große, kleine Schritte veränderte den ihm immer noch ungewissen Weg.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

„Erich machte eine Seitenwendung, es war ihm unangenehm zu werden. „Gute er antwortet aber abwartend — es machte“

Stimmen und Wörter

Erlebte Gedanken

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

Umfchau

Literatur

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.

„Der Hebebrint, ich bin es mir, Sepala.“ Und der junge Mann mit dem abgegrabenem Gut ließ nach einem Schritt zurück. „Ich — ich — das ist es denn überhaupt fragen — zu Ihnen zu kommen?“ Inmitten er und ging nach weiter.